Beilage zum Kampf gegen die neue opportunistische Strömung und ihre 'Theorie der drei Welten'

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 11 vom 18. März 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Gegen Kapitalisten, DGB-Apparat und D'K'P-Verräter

Kampf den Massenentlassungen!

Alarmierende Zeitungsmeldungen in den letzten Wochen zeigen an, daß das westdeutsche Monopolkapital sich mit neuen skrupellosen Angriffen auf die wirtschaftliche Lage des werktätigen Volkes hohe Profite sichern will. Allein in der ersten Märzwoche wurden geplante Stillegungen und Massenentlassungen bekannt, die für rund 5000 Arbeiter und kleine Angestellte den Verlust ihres Arbeitsplatzes noch in diesem Jahr bedeuten. Die geplante Stillegung von zwei Düsseldorfer Mannesmann-Betrieben bedeutet für 1800 Kollegen, daß sie auf die Straße fliegen sollen. Felten&Guilleaume will in diesem Jahr 1300 Kollegen entlassen, davon annähernd 1000 im Werk Köln-Mülheim. Von den saarländischen Stahlwerken Röchling-Burbach wurde jetzt bekannt, daß sie 1300 Kollegen auf die Straße setzen wollen.

Von anderen Großunternehmen waren Entlassungspläne für dieses Jahr schon länger bekannt. So vom Eisenwerk Neunkirchen (Saar), wo an die 1000 Kollegen entlassen werden sollen. Der Elektrokonzern AEG hat für 1977 die Entlassung von mindestens 1500 Kollegen geplant. Siemens wird ebenfalls Massenentlassungen durchführen. Mit Sicherheit werden in diesem Jahr wieder Hunderte, wenn nicht Tausende von Werftarbeitern infolge der Krise im Schiffbau und der Rationalisierungskampagnen der Werftkapitalisten ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Bundesbahn wird ohne Rücksicht auf Verluste weiter rationalisieren, um dem von Bonn für die nächsten Jahre gesteckten Limit der „Einsparung" von weiteren 30000 Arbeitsplätzen näherzukommen.

Diese Reihe könnte ohne weiteres fortgeführt werden. Bei einer Repräsentativumfrage, die jüngst von der Commerzbank bei 220 Unternehmen durchgeführt wurde, gaben 42 Prozent der befragten Unternehmen an, daß sie ihre Belegschaften in diesem Jahr um 1 bis 3 Prozent verringern werden. Um mehr als 3 Prozent wollen 6 v. H. der Befragten den Belegschafts„abbau" betreiben. Lediglich 12 Prozent wollen ihre Belegschaftszahlen leicht erhöhen, wobei es sich in der Hauptsache um die Automonopole und deren Zulieferer handelt. Zusammenfassend stellt die Commerzbank fest: „Dieses Ergebnis ist noch schlechter ausgefallen als im Vorjahr."

All diese Tatsachen machen deutlich, wie verlogen die Sprüche der Bonner Regierung über die angeblich zu erwartende „Entspannung auf dem Arbeitsmarkt" sind. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Eine neue große Welle von Stillegungen und Entlassungen rollt bereits heran. Die Massenarbeitslosigkeit wird noch drückender. Es wird noch mehr Dauerarbeitslose geben, die kein Geld mehr vom Arbeitsamt erhalten. Noch mehr Jugendliche werden ohne Aussicht auf berufliche Ausbildung und einen Arbeitsplatz einer düsteren Zukunft entgegensehen. Gleichzeitig mit der Verelendung breiter Massen durch die Arbeitslosigkeit wird das Proletariat in den Betrieben die kapitalistische Ausbeutung noch brutaler als bisher zu spüren bekommen. Im vergangenen Jahr waren in der Bundesrepublik 1,16 Millionen weniger Menschen beschäftigt als im Jahr 1974. Mit dieser stark gesunkenen Zahl an Arbeitskräften wurde jedoch ein Bruttosozialprodukt erzeugt, daß gegenüber 1974 um 2 Prozent höher lag. Das war nur möglich dadurch, daß im Zuge der Rationalisierung die Kapitalisten in den Fabriken und Büros erbarmungslos die Arbeitshetze in die Höhe trieben. Es ist klar, daß sie mit den geplanten Rationalisierungsfeldzügen in diesem Jahr die Arbeitshetze weiter verschärfen wollen. Ihre Maxime ist es, sich um jeden Preis Höchstprofite zu sichern. Die westdeutschen Monopole führen einen erbitterten Kampf darum, ihre Positionen auf den Weltmärkten zu behaupten und auszubauen und im äußerst harten internationalen Konkurrenzkampf gegen die anderen Monopolkapitalisten und Finanzgruppen ihre Stellungen zu stärken.

Fortsetzung auf Seite 3



Demonstration der Mannesmannarbeiter in Düsseldorf gegen die geplante Stillegung.

Änderung der Ausländergesetze

Aushöhlung des Asylrechts

Die Bundesregierung ist dabei, auf kaltem Wege das Asylrecht weiter einzuschränken. Ein vom Innenministerium vorgelegter Entwurf über „Änderungen der Verwaltungsvorschriften zur Ausführung des Ausländergesetzes" sieht vor, daß Ausländer ohne weiteres auch dann abgeschoben werden können, wenn sie Antrag auf politisches Asyl gestellt haben. In dem Änderungsentwurf heißt es ausdrücklich, daß ein Ausländer, der Asyl begehrt, auch in einen Staat ausgewiesen werden kann, wenn er von demselben „nach seiner Behauptung, eine Bedrohung zu befürchten hat". Stellt beispielsweise ein iranischer Student Asylantrag, weil er wegen seiner antiimperialistischen Gesinnung und seiner Unterstützung des Kampfes gegen das faschistische Schahregime damit rechnen muß, in seiner Heimat eingekerkert, gefoltert oder gar liquidiert zu werden, dann soll dies kein Hindernis mehr darstellen für seine Abschiebung durch die Behörden „unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates". Das ist der Sinn dieser Änderung.

Es gab in der Vergangenheit bereits Fälle von derartigen skrupellosen Ausweisungen politisch verfolgter fortschrittlicher Ausländer, und es gab noch mehr Fälle, in denen die Ausweisung nur durch massive Proteste verhindert werden konnte. Diese Tatsache führt das Innenministerium zynisch als Begründung für die angestrebte weitere Demontage des Asyl-

Fortsetzung auf Seite 2

Unterstützt den Kampf der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles

Am 30. März und am 1. und 2. April wird unsere Partei drei Veranstaltungen in Frankfurt, Hamburg und Westberlin zur Unterstützung des Kampfes unserer chilenischen Bruderpartei, der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles durchführen. Auf diesen Veranstaltungen wird auch ein Vertreter unserer Bruderpartei über den Kampf des chilenischen Volkes gegen den USA-Imperialismus und die faschistische Militärjunta, die das chilenische Volk grausam ausbeutet und unterdrückt, sprechen.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles wurde 1966 im harten Kampf gegen die Verräter am Marxismus-Leninismus, die modernen Revisionisten, gegründet. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles hat von Anfang an entschieden den betrügerischen Charakter der revisionistischen Losungen über den „friedlichen Weg der chilenischen Revolution" bekämpft, mit dem sich die Corvalan und Co. zum Komplizen des faschistischen Putsches machten, der von den USA-Imperialisten und den reaktionärsten Kreisen Chiles organisiert wurde, um den Befreiungskampf des Volkes blutig niederzuschlagen.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles kämpft heute unter den schwierigsten Bedingungen der Illegalität für die Schaffung einer großen Front der Arbeiter, der Bauern und anderer Volksteile, für die Schaffung einer von der Arbeiterklasse geführten Volksarmee, um den Volkskrieg zu entfalten. Das ist der einzige Weg für die Befreiung des chilenischen Volkes vom Joch des Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze, für die Beendigung der Ausbeutung und Unterdrückung des chilenischen Volkes, für die Ergreifung der Staatsmacht und die Errichtung der Volksdemokratie und des Sozialismus.

Es lebe die RKP Chiles!

el pueblo
– SANTIAGO DE CHILE – Julio 1974 - AÑO V
ORGANO DEL Partido Comunista Revolucionario

(Interview mit einem Mitglied des ZK der RKP Chiles auf Seite 7)

AUS DEM INHALT

NATO-Manöver „Wintex 77": Unterdrückung des revolutionären Kampfes ... 2
Offen gesagt — Weißwäscher (zur Politik des US-Imperialismus) ... 2
Kaufhof Hamburg: Zwei kommunistische Kolleginnen entlassen ... 3
Die heutige sowjetische Armee — eine Armee zur Expansion und Aggression (Kommentar von Radio Tirana) ... 4
Humanisierung der Gefängnishaft? Das neue Strafvollzugsgesetz ist ein Stück näher zur Barbarei ... 5
Italien: Studenten im Kampf ... 6
Kein Urlaub in Spanien! ... 6
Interview mit einem Mitglied des ZK der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles ... 7
Für wen kämpfen die Ärzteverbände? ... 8
Seveso: 400 Kinder an Chlorakne erkrankt ... 8

Nato-Manöver 'Wintex 77'

Unterdrückung des revolutionären Kampfes

Während die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte USA und Sowjetunion ständig mit den Parolen von „Abrüstung" und „Entspannung" hausieren gehen, um die Völker zu betrügen, treiben sie in Wirklichkeit ihre Vorbereitungen für einen neuen imperialistischen Weltkrieg immer weiter. So hält der aggressive NATO-Block in der Zeit vom 1. bis zum 17. März eine Reihe neuer Manöver ab, die unter dem Codenamen „Wintex 77" zusammengefaßt sind.

Abgesehen von der kargen offiziellen Mitteilung, die Manöver dienten der „Kontrolle der Zusammenarbeit und der Befehlsstruktur der NATO-Mitgliedsländer" schweigen sich die Imperialisten über „Wintex 77" aus. Keine Presseberichte, keine offiziellen Erklärungen, keine „public relations". Die Schweigsamkeit der Imperialisten hat einen guten Grund.

Mit „Wintex 77" üben die amerikanischen, die westdeutschen und anderen Imperialisten hauptsächlich die Unterdrückung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in den Ländern des NATO-Pakts, die Niederschlagung ihrer Kämpfe gegen die imperialistischen Kriegstreiber, bereiten sie sich darauf vor, einer revolutionären Situation durch die Errichtung des Faschismus zu begegnen. „Besonderes Gewicht" hat deshalb bei dem Manöver für die westdeutschen Imperialisten das „Aufrechterhalten der Staats- und Regierungsfunktion", wie es in einer Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung heißt. Wie und mit welchen Mitteln die Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft der westdeutschen Imperialisten aufrechterhalten werden soll, darüber sagen z. B. die Notstandsgesetze mehr als genug.

Die westdeutschen Imperialisten wissen ganz genau, daß die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen unseres Landes nicht freiwillig in einen von den amerikanischen Imperialisten und sowjetischen Sozialimperialisten angezettelten Krieg ziehen werden. Deshalb planen sie die Verwandlung unseres Landes in ein Zuchthaus für die Arbeiterklasse und die Werktätigen.

Die in unserem Land stationierten NATO-Truppen, in erster Linie die über 250.000 US-imperialistischen Besatzer, werden den westdeutschen Imperialisten in einem solchen Fall ebenfalls zu Hilfe kommen und ihre Waffen gegen unser Volk richten. Nicht umsonst hat die Bundesregierung z. B. erst vor einigen Wochen einen. Geheimvertrag mit der NATO, sprich: mit den amerikanischen Imperialisten abgeschlossen, der, soweit es aus den offiziellen Erklärungen hervorgeht, den Einsatz der NATO-Truppen gegen die Werktätigen der Bundesrepublik und die Befehlsstruktur in einem solchen Fall regelt.

„Wir brauchen eine starke NATO, um unser Land gegen die Bedrohung des Warschauer Pakts zu verteidigen", tönt es aus den Propagandazentralen des amerikanischen Imperialismus und seiner Verbündeten, tönt es aus dem Mund der Sozialchauvinisten. Diese demagogischen Losungen sind die Tünche über den Vorbereitungen des aggressiven NATO-Blocks auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg. Unter dem Deckmantel solcher Losungen wird der Überfall auf andere Völker, ihre Versklavung und die des eigenen Volkes geplant.

Die Bedrohung unseres Landes durch den sowjetischen Sozialimperialismus und den von ihm geführten aggressiven Warschauer Pakt ist eine reale Gefahr. Aber kann man sich im Kampf gegen diesen Feind auf einen anderen, der genauso gefährlich ist, stützen? Kann man darüber vergessen, daß die amerikanischen Besatzer in unserem Land erbitterte Feinde unseres Volkes sind, kann man darüber vergessen, daß die westdeutschen Imperialisten, die Krupp und Thyssen, die schon zweimal einen Weltkrieg angezettelt haben, kapitalistische Ausbeuter sind, Revanchisten und Kriegstreiber, die mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus ihre verbrecherischen Ziele zu verwirklichen hoffen? Diesen Gefallen werden wir den Imperialisten nicht tun!

Die Werktätigen unseres Landes können kein Interesse an der Stationierung Hunderttausender amerikanischer Besatzer in der Bundesrepublik haben, ebensowenig wie sie ein Interesse an der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO haben können.

Deshalb kämpft unsere Partei für ein Deutschland, in dem weder die amerikanischen und russischen Imperialisten samt ihren Soldaten, Panzern und Atomraketen, noch die westdeutschen Imperialisten und die ostdeutsche Bourgeoisie dem Volk im Nacken sitzt: für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, das durch die proletarische Revolution im Osten und im Westen unserer Heimat geschaffen wird.

Änderung der Ausländergesetze

Aushöhlung des Asylrechts

Fortsetzung von Seite 1

rechts an: Die Änderung entspreche der „eingetretenen Entwicklung der Rechtsprechung und der Verwaltungspraxis" heißt es da. Wenn diese Änderung jetzt vom Bundesrat bestätigt wird, dann bedeutet dies, daß sich Fälle häufen werden, wo die westdeutschen Behörden revolutionäre oder fortschrittliche Ausländer der Folter oder dem Tod in ihren faschistischen Heimatländern überantworten werden, und es wird schwieriger als bisher sein, solche Fälle durch Protestaktionen zu verhindern. Fortschrittliche Ausländervereinigungen in der Bundesrepublik haben bereits Protest gegen diese, von der bürgerlichen Presse weitgehend totgeschwiegene Maßnahme der Regierung erhoben. Sogar Institutionen wie Amnesty International sahen sich veranlaßt, gegen die Maßnahmen zu protestieren.

Die geplante weitere Aushöhlung des Asylrechts ist einerseits ein Ausdruck der zunehmenden Faschisierung, die von der Bourgeoisie um so mehr vorangetrieben wird, desto größer die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung anwachsen und desto mehr unsere Partei unter den Massen an Einfluß gewinnt. Zum anderen jedoch dient diese Maßnahme direkt der aggressiven, räuberischen Politik Bonns nach außen.

Die verstärkten räuberischen und expansiven Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus verlangen eine intensivere und direktere Unterstützung solcher reaktionären und faschistischen Regime, die als Lakaien und Statthalter des Imperialismus, insbesondere des amerikanischen, ihre Länder an die ausländischen Mächte verschachern und das eigene Volk mit Feuer und Schwert niederhalten. Neben den USA tritt in Ländern wie Spanien, Iran, Brasilien, Chile usw. der westdeutsche Imperialismus immer stärker als Räuber Nr. 2 auf und versucht, seine Positionen auszubauen. Das Atomkraftwerksgeschäft zwischen Bonn und Brasilien ist ein Beispiel dafür. Ohne ihre Klauen noch gieriger nach anderen Ländern und Völkern auszustrecken und sich noch mehr an ihrem Schweiß und Elend zu mästen, können die westdeutschen Monopole ihren Heißhunger nach Profit nicht mehr stillen. Deshalb helfen sie Massenmördern wie etwa dem Schah von Persien heute massiver und offener denn je, den Kampf der Völker um Freiheit und Brot blutig niederzumetzeln.

Kürzlich erst mußte Bonn offiziell eingestehen, daß die bundesrepublikanischen Geheimdienste dem persischen Geheimdienst Savak bei seiner Jagd nach iranischen Patrioten und Revolutionären helfen, daß deutsche Verfassungsschützer für den Schah in der Bundesrepublik persische Studenten observieren und daß die in der ganzen Welt berüchtigten Häscher des Schah in der Bundesrepublik schalten und walten können wie es ihnen beliebt. Bonn war gezwungen, darüber hinaus zuzugeben, daß eine Zusammenarbeit grundsätzlich mit allen Geheimdiensten reaktionärer und faschistischer Regime (einschließlich des sowjetischen) stattfindet, wenn es, wie es heißt „der Abwehr von Gewaltakten dient". Was unter „Abwehr von Gewaltakten" zu verstehen ist, läßt sich z. B. an dem Kölner Prozeß gegen türkische Patrioten und Revolutionäre deutlich machen, der vor etwa 1 1/2 Jahren über die Bühne ging. Damals versuchte der Staatsanwalt, die Angeklagten, die bereits monatelang in Untersuchungshaft gehalten worden waren, als „Terroristen" verurteilen zu lassen, weil bei einer Haussuchung Bücher von Lenin und Mao Tsetung über Fragen des antikolonialen Befreiungskampfes und die Taktik des Volkskrieges gefunden worden waren.

Die Komplizenschaft „unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" mit Faschistenregimen und Massenmördern vom Schlage des Schah geht bereits so weit, daß die Bundesregierung — nach dem Verbot von GUPS und GUPA* — jetzt auch das Verbot der CISNU (Conföderation iranischer Studenten) plant. Das Innenministerium bezeichnete diese antiimperialistische und antifaschistische Studentenvereinigung jüngst als „Terroristengruppe". Sollte den Herren Maihofer und Konsorten nicht bewußt sein, daß das Schahregime solche propagandistische Unterstützung für seine blutige Henkertätigkeit aus Bonn sehr zu schätzen weiß? Durchschnittlich ermorden die Häscher des Schah jeden zweiten Tag einen Freiheitskämpfer. Oft werden diese einfach in ihren Wohnungen oder auf der Straße hinterrücks niedergeschossen. Die Herren in Bonn sind sich über diese Zusammenhänge nicht nur sehr wohl im klaren, sie haben solche Äußerungen gerade in der Absicht gemacht, den Henkern im Iran Schützenhilfe zu leisten.

* Generalunion Palästinensischer Studenten und Arbeiter

Kurz berichtet

WÜRZBURG

Auch in Würzburg entfalteten die Genossen der Partei zahlreiche Aktivitäten, nachdem sie von der Verschleppung Bernd Hübners in der DDR gehört hatten. Für die Agitation und Propaganda in der Innenstadt wurden ein Stand angefertigt und ein großes Plakat gemalt, auf dem Honecker, geschützt von den Panzern der sowjetischen Sozialimperialisten, mit der Peitsche in der Hand in den Grenzen der DDR zu sehen ist. In den folgenden zwei Wochen steckten die Genossen in der Zellerau, einem Arbeiterviertel, über 2.000 Flugblätter. Ebenso viele wurden vor der Berufsschule und den Betrieben verteilt. Nach der Steckaktion hielten die Genossen in der Zellerau zahlreiche Kundgebungen ab, um Unterschriften zu sammeln. Innerhalb kurzer Zeit hatten so über hundert Menschen die Protestresolution unterschrieben.

LÜCHOW

Am 25. Februar hatten sich in Lüchow zahlreiche Bauern versammelt, um gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage für Atommüll in Gorleben zu protestieren. Über 2.000 Traktoren mit Plakaten und Transparenten gegen die Aufbereitungsanlage fuhren durch die Stadt. Während der Demonstration machten Genossen der Partei und der ROTEN GARDE Agitation und Propaganda unter den Bauern. Dabei gelang es ihnen, mehrere „Rote Morgen" zu verkaufen. Einige Exemplare des „Roten Morgen" wurden an interessierte Bauern verschenkt.

BREMEN

Vor kurzem erschien in Bremen die erste Ausgabe der Stadtteilzeitung der KPD/ML für den Bremer Westen „Roter Westen". In der ersten Nummer stehen Artikel zur Befreiung Bernd Hübners aus der DDR, über den III. Parteitag der KPD/ML. In anderen Artikeln werden verschiedene Probleme des Stadtteils aufgegriffen.



WESTBERLIN

An den Westberliner Krankenhäusern wächst die Kampfbereitschaft unter den Jugendlichen. Die Gründe: einerseits die Rationalisierungsmaßnahmen in den Krankenhäusern, andererseits die verschärfte Unterdrückung der Jugendlichen. Gegen die Einführung neuer Zeugnisse z. B. hat sich eine breite Kampffront gebildet. Resolutionen werden dagegen verfaßt und ganze Kurse von Krankenpflegeschülerinnen und -schülern weigern sich geschlossen, sie zu unterschreiben. Obwohl die ROTE GARDE erst seit kurzer Zeit an den Krankenhäusern arbeitet, hatten die Genossen maßgeblichen Anteil am Zustandekommen eines Flugblatts der Vertreter fast aller Pflegeschulen. Gemeinsam mit den Schülern kämpft die ROTE GARDE jetzt dafür, eine Demonstration durchzuführen, um dem Kampf gegen die Zeugnisse größere Wucht zu verleihen.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei

Offen gesagt ...

Weisswäscher

Überall auf der Welt kennen die freiheitsliebenden Völker den amerikanischen Imperialismus. An seinen Händen klebt das Blut zahlloser ermordeter Werktätiger aus Vietnam, Spanien, Chile und anderen Ländern. Und doch setzt sich der neue amerikanische Präsident Carter einen Heiligenschein auf und tritt bei jeder Gelegenheit mit einem Lächeln und ein paar Bibelsprüchen auf den Lippen vor die Fernsehkameras, um vor aller Welt die „Freiheitsliebe" der amerikanischen Imperialisten, ihre „Achtung vor den Menschenrechten" zu verkünden. Der Zynismus der Völkermörder aus der Wallstreet, der Rockefeller und Co., kennt keine Grenzen.

Einen Schritt zu weit allerdings ging kürzlich der US-Delegierte Brady Tyson vor der Menschenrechtskommission. Er erklärte nämlich vor diesem Gremium, daß die amerikanische Delegation „zutiefst" die Rolle der USA beim Sturz der Regierung Allende durch die faschistische Militärjunta „bedaure". Was die Rolle des amerikanischen Imperialismus in Chile angeht, hat Tyson natürlich die Wahrheit gesprochen. Alle Welt weiß, daß der faschistische Putsch von Washington aus dirigiert worden ist; daß es die amerikanischen Imperialisten sind, die Zehntausende von ermordeten Patrioten, Antifaschisten und Revolutionären auf dem Gewissen haben; daß die Pinochet und Co., die Hunderttausende in die KZs verschleppt und gefoltert haben, ihre Kreaturen, ihre Lakaien sind. Welche amerikanische Regierung könnte das allerdings offen zugeben? Es ist deshalb kein Wunder, daß Tyson sofort von seinen Vorgesetzten zurückgepfiffen worden ist. Selbst Präsident Carter schaltete sich ein, um zu erklären, die USA hätten mit dem Putsch in Chile nichts zu tun.

Wir wissen nicht, was Tyson bei seinem Auftritt vor der UNO gedacht hat. Vielleicht meinte er, einen besonders geschickten Schachzug getan zu haben, um den amerikanischen Imperialismus weißzuwaschen, als er in die Rolle des reuigen Sünders schlüpfte. Eine entsprechende Imagepflege betreiben die amerikanischen Imperialisten schon seit einiger Zeit. In Spanien unterstützen sie die angebliche „Demokratisierung" des monarchofaschistischen Regimes, das rhodesische Regime bezichtigen sie heuchlerisch des Rassismus, und der chilenischen Militärjunta werfen sie öffentlich die „schamlose Verletzung der Menschenrechte" vor. Überall tun sie das, um sich das Vertrauen der Völker zu erschleichen, während gleichzeitig ein Strom von Dollars, Waffen und Beratern zu den Faschistenregimes geschickt wird, um den Kampf der Volksmassen brutal niederzuschlagen.

Aber das chilenische Volk und die anderen unterdrückten Völker der Welt kennen den amerikanischen Imperialismus nur zu gut. Niemals wird es ihm gelingen, sich von seinen Verbrechen reinzuwaschen. Die Völker wissen, daß er ihr erbitterter Feind bleibt, der vor keiner Untat zurückschreckt, solange er auch nur noch einen Zahn im Maul hat. Diese Bestie kann nicht mit schönen Worten besiegt, sondern nur durch den bewaffneten revolutionären Kampf der Völker niedergeschlagen werden. Auch das chilenische Volk, als dessen angeblicher Anwalt Tyson vor der UNO auftrat, wird diesen Weg beschreiten und unter der Führung seiner marxistisch-leninistischen Vorhutpartei, der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, den amerikanischen Imperialismus samt seinen Lakaien aus dem Land verjagen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kaufhof Hamburg
Zwei kommunistische Kolleginnen entlassen

Mit dem Ausbeuterfrieden der Kapitalisten und ihrer Handlanger im Hamburger Kaufhof ist es schon seit längerem vorbei. In letzter Zeit haben sie zwei kommunistische Verkäuferinnen aus dem Betrieb geworfen in der Hoffnung, dadurch den Widerstandsgeist der Verkäuferinnen und Verkäufer zu brechen und der wachsenden Unruhe Herr zu werden. Die beiden kommunistischen Kolleginnen waren dadurch hervorgetreten, daß sie sich konsequent für den Kampf gegen die brutale Ausbeutung und die vielen Mißstände und Schikanen im Kaufhaus eingesetzt hatten.

Die Herren von der Geschäftsleitung und mit ihnen ihr Handlanger, Betriebsratsbonze Metzler, erhoffen sich von diesen Entlassungen auch, daß sie nun endlich vor der Betriebszeitung der KPD/ML „Die Abrechnung" Ruhe haben. „Die Abrechnung" erscheint inzwischen schon länger als ein halbes Jahr und sie hat große Resonanz in der Belegschaft gefunden, weil die Kolleginnen und Kollegen die Erfahrung machten, daß sie ihre Waffe im Kampf gegen die Kaufhofbosse ist. In jeder Nummer der „Abrechnung" waren Enthüllungen abgedruckt über Mißstände im Betrieb, über besonders brutale Ausbeutungsmethoden usw. Es wurden genau die Punkte und Forderungen aufgegriffen, die den Kolleginnen und Kollegen auf den Nägeln brennen und über die sie schon seit langem wütend sind.

So z. B. die Tatsache, daß man den ganzen Tag über stehen muß und daß die Geschäftsleitung verhindert, daß Sitzmöglichkeiten geschaffen werden. Oder die unerhörte Arbeitshetze in Zeiten wie z. B. vor den Weihnachtsfeiertagen. Oder die Tatsache, daß man gezwungen wird, jeden Tag unbezahlte Mehrarbeit zu leisten, weil die Kunden schon vor 9 Uhr eingelassen werden und weil mit der Abrechnung erst nach 18.30 Uhr begonnen werden darf. „Die Abrechnung" enthüllte auch, daß die Kaufhof-Kapitalisten beabsichtigen, 50 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße zu werfen und die so verringerte Belegschaft einer noch wilderen Arbeitshetze zu unterwerfen. Diese Berichte lösten Empörung unter den Verkäufern und Verkäuferinnen aus, so daß den Bossen langsam der Boden unter den Füßen heiß wurde.

Gleichzeitig zeigte „Die Abrechnung" auf, daß alle diese Mißstände und Übel mit dem kapitalistischen Ausbeutersystem zusammenhängen und daß gegen Ausbeutung und Unterdrückung der revolutionäre Klassenkampf geführt werden muß. „Die Abrechnung" entlarvte die Handlangerrolle von Metzler für die Kaufhof-Kapitalisten. Metzler bestätigte durch seine eigenen Worte, wie berechtigt diese Entlarvung ist. Er drohte: „... sollte Unruhe im Betrieb auftreten, dann fliegen die Verantwortlichen für die Flugblätter raus."

Und die Unruhe wurde tatsächlich immer stärker. Schon im September letzten Jahres versuchten die Kaufhofbosse und Metzler daraufhin, die kommunistische Kollegin Birgit M. aus dem Betrieb zu feuern. Allerdings erlitten sie damals Schiffbruch. Da Birgit schwanger war und infolgedessen Kündigungsschutz hatte, hatten die Kaufhofbosse sie zwangsbeurlaubt. Birgit wandte sich zuerst an die Gewerkschaft und verlangte Rechtsschutz, um eine einstweilige Verfügung gegen die Zwangsbeurlaubung erwirken zu können. Die Bonzen verweigerten dies jedoch mit fadenscheinigen Vorwänden und stattdessen leiteten sie kurz darauf ein Ausschlußverfahren gegen Birgit ein, weil sie sich nicht von der KPD/ML distanzierte. Birgit, die sich dann selbst einen Rechtsanwalt besorgt hatte, konnte aber durchsetzen, daß die Zwangsbeurlaubung rückgängig gemacht wurde.

Im Dezember kündigten die Kaufhof-Bosse einer zweiten kommunistischen Kollegin und begründeten dies mit Rationalisierungsmaßnahmen. Diese Kollegin war kurz zuvor erst aus der Probezeit herausgekommen. Und vor einigen Wochen wurde jetzt auch der Kollegin Birgit gekündigt und es wurde gleichzeitig wieder Zwangsurlaub über sie verhängt. Diesmal konnte sie keinen Gerichtsbeschluß gegen die Zwangsbeurlaubung erreichen.

Aber noch ist der Kampf gegen die beiden politischen Entlassungen längst nicht zu Ende. Und wie dieser Kampf auch ausgehen wird — die Hoffnung der Kaufhof-Bosse und des Bonzen Metzler, daß endlich ihre Ausbeuterruhe wieder hergestellt wird, wird sich als Wunschtraum erweisen. Der Widerstand der Verkäuferinnen und Verkäufer, ihr Kampfgeist, läßt sich nicht mehr auslöschen. Und auch die Partei wird im Betrieb weiterhin arbeiten. „Die Abrechnung" werden die Herren nicht los. Sie wird weiterhin die Waffe der Kollegen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung sein.

Kampf den Massenentlassungen

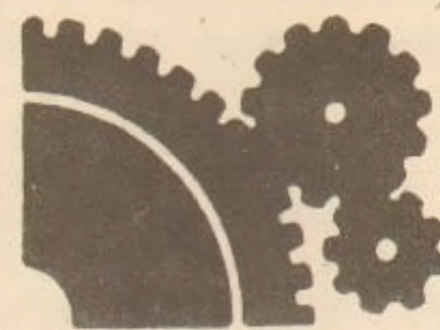
Fortsetzung von Seite 1

Auf der anderen Seite jedoch wächst der Widerstand der Arbeiterklasse und der werktätigen Volksmassen. Zunehmend wird der Kampf gegen die Angriffe auf die Arbeitsplätze und gegen die Verschärfung der Ausbeutung breiter. So kommt es in den Betrieben in den einzelnen Abteilungen häufiger zu spontanen Aktionen der Arbeiter und kleinen Angestellten, zu kleinen Streiks etwa, gegen Entlassungen, Rationalisierungsmaßnahmen, Umsetzungen, Verschlechterung der Akkordsätze usw. Aber es kommt jetzt auch schon häufiger zu größeren Streiks und Demonstrationen ganzer Belegschaften gegen Stillegungen und Massenentlassungen. Das zeigt, daß unter den Arbeitern und kleinen Angestellten die Entschlossenheit wächst, zu kämpfen, wenn ihre Arbeitsplätze in Gefahr sind und dadurch die Entlassungspläne der Kapitalisten zu durchkreuzen. Vor kurzem streikten z. B. in Hamburg im Zweigwerk Jarrestraße der Gabelstaplerfabrik Still mehr als 300 Arbeiter für einen halben Tag gegen das Vorhaben der Still-Kapitalisten, diesen Betrieb zu schließen. In Düsseldorf streikten und demonstrierten am vergangenen Dienstag 1500 Kollegen der beiden von Stillegung bedrohten Mannesmann-Werke. Am gleichen Tag demonstrierten mehrere tausend Menschen in Köln gegen die geplanten Massenentlassungen bei Felten & Guilleaume. Mindestens 10000 Menschen beteiligten sich in Völklingen im Saargebiet an einer Demonstration gegen die von den Stahlwerken Röchling geplanten Massenentlassungen.

Allerdings standen alle diese Aktionen unter der Kontrolle und dem politischen Einfluß des DGB-Apparates und der D„K"P. Diese lenkten und lenken die Bewegung jedoch in reformistische und „friedliche" Bahnen, die für die Kapitalisten tragbar sind. Sie verbreiten in den Reihen der Kollegen Illusionen darüber, daß man möglicherweise Hilfe vom Staat, der Regierung erhalten kann, sie zersetzen die Kampfentschlossenheit, säen Resignation und sind darauf aus, mit allen Mitteln zu verhindern, daß es zu konsequenten Aktionen, zu machtvollen militanten Streiks kommt, die den Kapitalisten wirkliche Schläge versetzen.

Es ist sicher keine leichte Sache, einen erfolgreichen Kampf gegen eine geplante Stillegung oder gegen Massenentlassungen zu führen, denn man muß bereit sein, möglicherweise auch eine Niederlage einzustecken und nur wenn der Kampf militant, kompromißlos und mit großer Beharrlichkeit geführt wird, kann man etwas erreichen. Man darf sich auch durch die Gesetze dieses Staates, durch Bedrohung durch Polizei und Justiz nicht von Aktionen wie z. B. Werksbesetzungen abhalten lassen; man muß auch zu Opfern bereit sein. Aber dieser Kampf lohnt sich für uns Arbeiter und kleine Angestellte, denn im Grunde gibt es keinen anderen Ausweg. Gut — vielleicht erhältst Du doch noch einmal einen akzeptablen neuen Arbeitsplatz, wenn Du Glück hast. Aber selbst wenn — wer garantiert denn, daß es nicht bald darauf erneut heißt: „Es tut uns leid, aber ..."? Und wird man nicht auch sowieso schon brutal ausgebeutet und unterdrückt? Die Arbeiterklasse hat nur einen Ausweg: Sie muß sich zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zusammenschließen, zum unversöhnlichen Klassenkampf gegen das Kapital und den kapitalistischen Staat. Wenn sich die Massen darüber klar werden, daß sie keinerlei gemeinsame Interessen mit dem Kapitalismus und dem kapitalistischen Staat verbindet, dann haben sie auch Chancen, Angriffe der Kapitalisten auf ihre Arbeitsplätze zurückzuschlagen. Allerdings gibt es im Kapitalismus auf die Dauer keine gesicherte Existenz für die Arbeiter, deshalb muß der Kampf darauf abzielen, die Herrschaft der Kapitalistenklasse eines Tages durch die gewaltsame Revolution zu stürzen und den Sozialismus zu errichten.

Der DGB-Apparat und die D„K"P stellen sich nur an die Spitze unserer Kämpfe, um uns von diesem konsequenten revolutionären Weg abzuhalten. Wenn sie die Vorstellung verbreiten, die bürgerlichen Parteien und die Institutionen des kapitalistischen Staates wollten und könnten sich für uns und gegen die Konzernherren einsetzen, dann wollen sie durch diese Illusionen nicht nur verhindern, daß die Arbeiter sich zu konsequenten Streiks und z. B. Fabrikbesetzungen erheben, sondern sie wollen gleichzeitig auch verschleiern, daß diese Parteien und der Staat nur dazu da sind, die Arbeiterklasse und das werktätige Volk zu unterdrücken, zu betrügen und die Ausbeuterinteressen der Kapitalisten durchzusetzen. Der DGB-Apparat und die Revisionisten sind Handlanger und Agenten der Bourgeoisie. Ihnen geht es darum, die Arbeiterklasse kampfunfähig zu machen durch Illusionen über den Kapitalismus, durch die falsche Vorstellung, irgendwo säßen doch alle, Kapitalisten wie Arbeiter, in einem Boot, durch den Irrglauben, mit Reformen und „friedlichen Mitteln " könnte man diesen Staat, den Kapitalismus menschlicher machen und die Lage der Arbeiterklasse grundlegend verbessern (z. B. die Arbeitslosigkeit „überwinden"). So wollen sie verhindern, daß das verrottete kapitalistische System untergeht, wollen sie verhindern, daß die Arbeiterklasse sich im revolutionären Klassenkampf zusammenschließt und den Kapitalismus schließlich durch die gewaltsame Revolution zerschlägt.



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Erfolg gegen Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen

Liebe Genossen!

Erfolg gegen Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen! Massey Fergusson, früher Hanomag, ist einer der größten Baumaschinenhersteller der Welt. Auf ihrem Gelände in Hannover produziert auch die Firma Perkins, zweitgrößter Produzent von Dieselmotoren der Welt.

Ich arbeite im Perkins-Bereich, wo Dieselmotoren für den neuen Transporter von VW gebaut werden. Noch vor einem Jahr wurden 20 Motoren am Tag produziert, im Moment sind es 56 Motoren und ab 1. März sogar 66 Stück pro Tag. Und das alles bei gleichem Lohn und ohne daß neue Arbeiter eingestellt werden (höchstens ein paar Mann).

Als wir von den neuen Produktionssteigerungen hörten, hatten wir endgültig die Nase voll. Der Betriebsrat erzählte uns zwar, er würde „zäh" um höheren Lohn und neue Einstellungen verhandeln, aber das haben sie uns schon vor einem Jahr erzählt. Von diesen Leuten war also nichts zu erwarten. Wir mußten uns nun selber helfen und stellten gemeinsam unsere Forderungen auf: **50 Pfennig mehr pro Stunde! Keine Erhöhung der Bandgeschwindigkeit!**

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, führten wir 80 Kollegen, Deutsche und Ausländer, an unserem Band am 16. 2. 77 nach unserer Frühstückspause einen 30minütigen Warnstreik durch. Hierbei entlarvte sich der Betriebsrat endgültig. Er jammerte etwas von Friedenspflicht herum und wollte uns einschüchtern und die Aktion abwürgen. Das half aber weder ihm noch der Geschäftsleitung. Erst als wir am 25. 2. 77 nach der Frühstückspause für vier Stunden die Arbeit niederlegten, sah sich der Betriebsrat gezwungen, „tatsächlich" mit der Geschäftsleitung zu verhandeln.

Durch unsere Entschlossenheit sahen sich die Herren gezwungen, einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen. 31 Pfennig mehr bei erhöhter Bandgeschwindigkeit. Durch dieses Angebot und die gleichzeitige Drohung, Akkord einzuführen, gelang es den Kapitalisten, unsere Front zu spalten, so daß wir das Angebot akzeptieren mußten.

Es hat sich gezeigt, daß wir siegen können! Das wichtigste dabei war, daß wir erkannt haben, daß der Betriebsrat und die Gewerkschaft genauso wie die Geschäftsleitung auf der anderen Seite stehen. Das hat auch noch der letzte Kollege gemerkt, als uns die Gewerkschaft auch noch das Streikgeld verweigert hat. Es kamen Stimmen auf: „Was soll ich für diese Leute noch Beitrag bezahlen, die verarschen uns doch nur. Das sieht man ja auch an den lächerlichen 6,9%" — „Tun wir am besten geschlossen austreten!"

Aber viele Kollegen aus anderen Abteilungen haben diese Erfahrungen noch nicht gemacht, wir würden also allein dastehen. Aber auf jeden Fall müssen wir mit organisierten und unorganisierten Kollegen eine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufbauen, die selbständig gegen die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen kämpft!

Rot Front!
Ein Sympathisant

Geschenke aus der Tasche der Kollegen

Mit welchen geschickten Methoden der reaktionäre Gewerkschaftsapparat sich an den Mitgliedsbeiträgen persönliche Vorteile verschafft, erfuhr ich vor kurzem von einem Bekannten.

Aus der Zeit, als die Gewerkschaftsbeiträge noch „von Hand" durch Kassierer eingezogen wurden, besteht auch heute noch die Regelung, dem Kassierer einige Prozente der Beiträge als „Entschädigung" auszuzahlen. Mittlerweile gibt es aber diese Handkassierung nicht mehr, die Beiträge werden direkt vom Konto der Kollegen abgebucht.

Dies heißt aber nicht, daß nicht auch weiterhin diese Kassierergelder ausgezahlt werden, jetzt in der Regel an den Betriebsratsvorsitzenden, der sie zur freien Verfügung hat.

Davon werden dann Schnaps und Bier für die Betriebsratssitzungen besorgt, davon werden, wie kurz vor Weihnachten geschehen, für 15 Betriebsräte Taschenrechner als Geschenke besorgt.

All das dient der Beteiligung auch der unteren Funktionäre an den verräterischen Manövern des Gewerkschaftsapparates.

— Nicht genug, daß unsere Beiträge das Betriebskapital für den DGB-Konzern mit Co op, Neue Heimat, BfG etc. stellen, auch auf der untersten Ebene des Gewerkschaftsapparats bereichern sich diese Kettenhunde des Kapitals an unseren Beiträgen.

Rot Front
Ein Genosse

Vertrauensleuteversammlung bei NSI - Hamburg

Liebe Genossen!

Hier ein kurzer Bericht von unserer Vertrauensleuteversammlung am 1. 3. 77. Es ging um die Tarifrunde in der Chemie.

Zur Versammlung am 1. 3. konnte sich kaum einer der Kollegen richtig vorbereiten. Um so schöner war es, daß die Kollegen sich nicht überrumpeln ließen. Geschlossen lehnten sie die vorgeschlagene 9%-Forderung der Bonzen ab. Ein kleiner Teil der V-Leute war für eine Festgeldforderung von bis zu 200 DM, der größte Teil für einen Sockelbetrag plus Prozente, zwischen 50 DM und 6% und 110 DM und 8%. Nach langer, hitziger Diskussion einigte man sich schließlich auf **110 DM plus 4%.** Das wurde einstimmig angenommen. Die Betriebsräte hoben auch die Hand, obwohl sie sich mit Händen und Füßen gegen diese Forderung gesträubt hatten. Sie hatten fast geweint und die V-Leute angefleht, sich doch vorzustellen, wie sie als BR diese Forderung auf der Sitzung der örtlichen Tarifkommission rechtfertigen sollten. Es half ihnen aber nichts, so daß sie, um ihr Gesicht nicht ganz zu verlieren, die Hand mit erhoben.

Auch wenn die Forderung 110 DM und 4% vom Geld her gesehen nicht ausreicht, politisch gesehen ist sie ein Erfolg. Die jetzt aufgestellte Forderung spiegelt die hohe Kampfbereitschaft unter den einfachen Kollegen wider. Diese Forderung ist im Kampf gegen die Lügen der IG Chemie-Bonzen aufgestellt worden. Sie ist ein Ausdruck des wachsenden Widerstandes der Kollegen gegen die Lohnraubpläne der Kapitalisten mit ihrem Gewerkschaftsapparat.

Natürlich wird diese Forderung vom Apparat niedergebügelt werden. Da machen sich auch die wenigsten Kollegen Illusionen. Doch sicher ist, daß immer mehr Kollegen durch diesen Kampf für mehr Lohn noch besser den Charakter des DGB als Unterdrückungsapparat erkennen werden. Und da werden wir Genossen ganz kräftig mithelfen, auf daß die Schmiedung der RGO in unserem Betrieb vorankommt.

Rot Front!
Genosse aus Hamburg (NSI)

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Lehren aus dem Kampf in Brokdorf

Liebe Genossen!

Ich möchte Euch mit diesem kurzen Schreiben nur mitteilen, daß mich der Artikel im neuesten „Roten Morgen" (Die Lehren aus dem Kampf in Brokdorf) sehr begeistert hat! Wirklich, wenn man diesen Artikel liest und gleichzeitig die Einschätzung der „KVZ" des KBW, so muß man einfach zu der Überzeugung kommen, daß allein die KPD/ML es ist, die das Recht in Anspruch nehmen kann, sich kommunistische Partei zu nennen.

Ich muß sagen, das Vorgehen und die Einschätzung der Partei im Zusammenhang mit Brokdorf, ihre korrekte marxistisch-leninistische Linie, ihre verantwortungsvolle revolutionäre Haltung in dieser nicht einfachen Situation vor und während des 19. Februar, ihre richtige taktische Überlegung, die auf der Untersuchung der Kräfte sowohl des Klassenfeindes als auch der Analyse der eigenen Reihen beruhte, all das hat sicherlich nicht nur bei mir, sondern bei vielen ehrlichen Menschen das Vertrauen in die Partei gestärkt! Nur so kann man auch letztlich gewinnen, wird man die Massen für die gerechte Sache der Revolution überzeugen können, wird man diese „beschissenen Zirkeltypen hinter sich lassen".

Eine Genossin aus Reutlingen.

Spielendes Kind durch Stromstoß verletzt

Liebe Genossen!

Vor kurzem passierte in unserem Viertel ein Unfall. Es ist ein Viertel, in dem hauptsächlich Arbeiter und Angestellte wohnen. Von daher gibt es für die Kinder nur einen Spielplatz für Kleine und einen Abenteuerspielplatz. Da gehen natürlich die Größeren woanders spielen. Es gibt hier ein Gelände einer alten Landmaschinenfabrik, die seit 2 1/2 Jahren stillgelegt ist. Darauf steht auch ein altes Trafohäuschen, das aber nicht abgeschlossen ist. Es gibt lediglich ein Schild „Betreten verboten". Auf diesem Platz spielen die Kinder oft und das Häuschen wurde als Versteck benutzt. Nun ist es so gewesen, daß ein Junge beim Hinausklettern an einen der Drähte gekommen ist und es durchfuhr ihn ein Stromschlag von 10 000 Volt. Er hat sehr schwere Verletzungen erlitten. In der Lokalzeitung steht natürlich, daß der Junge selbst schuld ist und auch in der Schule wird das verbreitet. Die wahren Schuldigen sind aber offensichtlich die Kapitalisten, die nach dem Motto „Nach uns die Sintflut" die Firma auflösten und noch nicht einmal dafür sorgten, daß die Stromleitungen richtig isoliert sind.

Rot Front! Eine Genossin aus Münster.

Ausgeplündert

Liebe Genossen!

Ein Kollege von mir, der Teilinvalide ist, fuhr nach der Spätschicht mit dem Fahrrad nach Hause. Für einen Moment versagte seine Beleuchtung. Diese Gelegenheit benutzte eine Polizeistreife, um ihn anzuhalten und von ihm 50 DM Bußgeld zu fordern. Empört weigerte sich mein Kollege, etwas zu bezahlen, zumal sein Licht auch sofort wieder ging. Nun warfen die Polizisten ihm vor, er sei auf dem Bürgersteig gefahren. Als er weiter hart blieb, gingen sie mit dem Preis herunter bis auf 10 DM. Sie nahmen ihn in ihre Mitte und drohten ihm an, ihn aufs Revier zu bringen, wenn er nicht zahle. Da er keine weiteren Scherereien haben wollte, nahm mein Kollege einen 20 DM-Schein aus der Tasche und warf ihn einem der Polizisten wutentbrannt ins Gesicht. Der fuhr erschrocken zurück. Dann hatten sie nichts Eiligeres zu tun, als den Geldschein vom Pflaster aufzulesen und in ihrem Streifenwagen zu verschwinden.

Mein Kollege sagt, früher habe er es nicht glauben wollen, aber jetzt habe er selbst gesehen, daß zwischen normalen Kriminellen und der Polizei in gewisser Beziehung kaum ein Unterschied ist.

Rot Front! Ein Genosse aus Bremen.

Schüler wehren sich gegen Abbau der Lernmittelfreiheit

Liebe Genossen!

Vor ungefähr drei Wochen wurde den 900 Schülern des Theodor-Heuss-Gymnasiums in Nördlingen mitgeteilt, daß sie die im Unterricht verwendeten Arbeitsblätter selber zahlen sollten. Pro Blatt sollte ein Betrag von ca. fünf Pfennigen kassiert werden. Eine kleine Gruppe von Schülern beschloß, Aktionen dagegen zu unternehmen. Noch am gleichen Tag hing ein Zettel am schwarzen Brett, mit dem Aufruf: „Wir zahlen keinen Pfennig!" und anderen Parolen. Man beschloß, ein Flugblatt zu schreiben. Darin wurde klargemacht, daß diese Verordnung einen Angriff auf die Lernmittelfreiheit darstellt und als Vorbereitung für weitere Einschränkungen dient, wie zum Beispiel die unverschämte Forderung, daß die Schüler die Schulbücher wieder selber zahlen sollen (das war vom Kultusministerium Bayerns letztes Jahr bereits beschlossen worden, hatte aber wegen starken Protestes von Schülern und Eltern wieder zurückgenommen werden müssen). Nachdem die Flugblätter gedruckt waren, wurde ein Plan für die Aktion ausgearbeitet. Und so kam es, daß an einem schönen Mittwochmorgen während der großen Pause aus dem dritten Stockwerk des Schulhauses zur gleichen Zeit 500 Flugblätter auf die beiden Pausenhöfe zu den überraschten Schülern herniederschwebten. Trotz Aufsicht im Schulgebäude und einigen gefährlichen Situationen wurde keiner der Organisatoren erwischt. Auf dem einen Pausenhof blieb kein Blatt liegen, auf dem anderen etwa 30 Stück, da dort wegen ungenauer Planung mehr Flugblätter geworfen wurden, als Schüler anwesend waren. Die liegengebliebenen Blätter wurden aber trotzdem von nicht beteiligten Schülern spontan aufgesammelt und in anderen Klassen weiterverteilt.

Bald darauf stellte sich heraus, daß ungefähr die Hälfte der Schüler für das Verweigern des Zahlens war, der Großteil der Eltern stimmte zu und auch einige Lehrer solidarisierten sich. Die Aktion wurde in kurzer Zeit in halb Nördlingen bekannt, in zumindest einem Betrieb der Stadt war sie das Thema des Tages und fand allgemein Zustimmung. Drei Tage später wurde von den Jahrgangssprechern eine Versammlung der Kollegstufe 12 einberufen, um über das künftige Vorgehen der Schüler zu beraten. Bei der abschließenden Abstimmung wurde beschlossen, gemäß den Vorschlägen im Flugblatt die Zettel weiterhin anzunehmen, aber nicht zu bezahlen.

Rot Front!
Ein Genosse aus Nördlingen.

Der Lohn für Krankenpflegeschüler(innen) soll um 10% gekürzt werden

Im „Roten Morgen" Nr. 10 entlarvt ihr ganz gut, was für ein unverschämter Lohnraub und Betrug der Abschluß der ÖTV ist. Einen dicken Hammer habt ihr aber vergessen. Der Staat hatte ja ursprünglich geplant, den Schülern und Schülerinnen der Krankenpflege keine Lohnerhöhung zu geben, also nicht einmal die mickrigen 5,2%. Nach den großen Protesten mußte das dann zurückgenommen werden. Dafür haben ÖTV und Staat sich darüber geeinigt, daß den Schülern, die im nächsten Ausbildungsjahr (1. April 1977) anfangen, der Lohn um runde 10% gekürzt wird. Die ÖTV begründet das damit, daß die Gesamtausgaben des Staates für diese Ausbildungsberufe nicht verringert werden, daß dadurch zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. So müssen diejenigen, die gar nicht schuld an der Arbeitslosigkeit sind, dafür auch noch bezahlen. Auf diese Weise bekommen die Krankenhäuser mehr von diesen billigen Arbeitskräften, sie können noch mehr von den Planstellen für die relativ teuren fertig Ausgebildeten wegrationalisieren.

So arbeiten auch auf diesem Gebiet Gewerkschaft und Kapitalist gut zusammen. Und die Bonzen müssen sich nicht wundern, wenn ihnen ihre Mitglieder weglaufen oder sich langsam Opposition in ihren Mitgliederreihen regt.

Ein Genosse aus Gießen.

Kommentar von Radio Tirana

Die heutige sowjetische Armee-eine Armee zur Aggression und Expansion

Vor 59 Jahren, am 23. Februar 1918, errangen die Abteilungen der Roten Garde der Arbeiter und Bauern im Krieg gegen das deutsche Heer, in den Schlachten bei Narwa und Pskow den ersten Sieg bei der Verteidigung der gerade entstandenen Sowjetmacht. Dieser Tag wurde der „Tag der Schaffung der Roten Armee" genannt. Die Rote Armee der Arbeiter und Bauern war als Armee neuen Typs, als Verteidigerin des sozialistischen Staates und der Diktatur des Proletariats der sichere Schild der Siege der Oktoberrevolution und des ersten sozialistischen Staates in der Welt.

Unter der Führung Lenins und später seines Nachfolgers Stalin erstarkte sie und kämpfte heroisch, um die Sowjetmacht zu verteidigen und die Siege der Oktoberrevolution unantastbar zu machen. Besonders groß war ihr Beitrag zur vollständigen Zerschlagung der faschistischen Bestie und zur Befreiung der Völker im Großen Vaterländischen Krieg. Sie wies die Eigenschaften der Armee neuen Typs auf, einer Armee, die dem Volk, der Revolution und dem Sozialismus dient. Die Geschichte der Roten Armee ist, solange sie von Lenin und Stalin geführt wurde, eine ruhmreiche Geschichte, deren alle fortschrittlichen Völker der Welt mit Achtung und Liebe gedenken.

Die vollständige Entartung der sowjetischen Partei und des Sowjetstaates, die Umwandlung der Sowjetunion in einen sozialfaschistischen und sozialimperialistischen Staat brachte auch die grundlegende Umwandlung der sowjetischen Armee mit sich, ihre Umwandlung aus einer Armee der Arbeiter und Bauern, einer Verteidigerin der Diktatur des Proletariats und ihrer Siege zu einer Armee bürgerlichen Typs, einer faschistischen und aggressiven Kasernenhofarmee, eines gefügigen Werkzeugs in Händen der Herrscher im Kreml. Die konterrevolutionäre Umwandlung der sowjetischen Armee war Ergebnis dessen, daß auch in der Armee wie in jedem anderen Bereich die revisionistische Linie angewandt wurde, eine Linie, die die Führung der sowjetischen neuen Bourgeoisie auf dem 20. Parteitag der sowjetrevisionistischen Partei zum System erhob und der sie freie Bahn schuf. Seit damals war die sowjetische Armee einer allseitigen ideologischen Indoktrination ausgesetzt, durch die ihr das bürgerliche und revisionistische Gift eingeflößt wurde. Offen wurden die Feinde und Verräter am sowjetischen Volk mit Tuchatschewski an der Spitze rehabilitiert, die die Diktatur des Proletariats unterdrückt und auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen hatten. Zusammen mit diesen Verrätern wurden auch ihre „Werke" rehabilitiert. Gleichzeitig wurden in den Reihen der Armee viele Revolutionäre mit größter Grausamkeit verfolgt.

In der sowjetischen Armee herrscht heute die Kaste der bonapartistischen Marschälle, Generäle und Offiziere, die die faschistische, expansionistische und imperialistische Politik der sowjetischen neuen Bourgeoisie betreiben. Der sowjetische Soldat ist zu einem Roboter geworden, bereit, mit Feuer und Schwert überall dort hinzumarschieren, wo es seine Oberherren befehlen. Er ist zu einem Plünderer der Reichtümer und des Schweißes des eigenen Volkes und anderer Völker geworden, zu einem Gendarm für die politischen und militärischen Interessen der sowjetischen Sozialimperialisten.

Die Sowjetrevisionisten haben die Lehren Lenins über die Organisierung der Armee fallengelassen. Lenin unterstrich schon in den Jahren 1917 - 18 die Notwendigkeit des bewaffneten Volkes, das die Militärkaste beseitigt hat. *„Die Armee und das Volk"*, sagte er, *„müssen in eins verschmelzen; das ist der Sieg der Freiheit."* Um die Freiheit zu behalten, ist es notwendig, das ganze Volk zu bewaffnen. Die Grundlage der Volksarmee beruht auf dem Volk, den Arbeitern und Bauern, während die heutige sowjetische Armee dem Volk im Nakken sitzt und es unterdrückt. Sie ist vollständig entartet, sowohl ideologisch und politisch als auch in ihren Zielen.

Eine der Besonderheiten der ehemaligen Roten Armee lag, wie Stalin schrieb, darin, daß sie die Armee der Verbrüderung zwischen den Nationen des Landes, die Armee der Befreiung der unterdrückten Nationen des Landes und der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen des Landes war. Heute dagegen ist die sowjetische Armee das Gegenteil der Stalinschen Armee. Sie unterdrückt, versklavt und hält die nichtrussischen Völker der Sowjetunion in Schach ebenso wie einst die Armee der russischen Zaren. Und die Fälle, wenn die Erhebungen der Werktätigen innerhalb der Sowjetunion wie in der Ukraine, in Georgien, der tartarischen und der baltischen Republik usw. unterdrückt werden, wenn die Panzer gegen die auffahren, die sich erhoben haben, um der chauvinistischen und unterdrückerischen Politik der Breschnew-Clique Widerstand zu leisten, unterscheiden sich in nichts von dem Terror der Schwarzhundertschaften der alten Zaren gegen die Völker in der Zeit des russischen Zarenreiches.

Die heutige sowjetische Armee ist eine der Säulen der aggressiven und expansionistischen Politik, die die sowjetischen Sozialimperialisten in den internationalen Beziehungen verfolgen. Die Ereignisse der letzten Jahre und die Realität unserer Tage liefern viele Fakten, die die wirkliche aggressive und faschistische Natur der sowjetischen Armee belegen. *„Die Politik der Sowjetrevisionisten"*, sagte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA, *„ist eine typisch aggressive kolonialistische und neokolonialistische Politik, die sich auf die Stärke des Kapitals und der Waffen stützt."* Die barbarische Aggression gegen die Tschechoslowakei war der erste Schritt, bei dem die aggressive und expansionistische Politik der sowjetischen Sozialimperialisten in der Praxis angewandt wurde. Sie war der erste Angriff auf die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker. Die sowjetische Armee wächst und wird jeden Tag mehr mit den modernsten todbringenden Waffen ausgerüstet. Für die Bewaffnung der Armee bis an die Zähne geben die Moskauer Chefs rund 117,2 Mrd. Dollar jährlich aus oder 21% des Nationaleinkommens des Landes. Jedes Jahr werden die Militärausgaben der sowjetischen Sozialimperialisten durchschnittlich um 10% erhöht.

Die Moskauer Herren haben durch die große Armee stillschweigend die militärische Besetzung der Länder der sogenannten „Sozialistischen Gemeinschaft" erzwungen, die seit langem zu Gouvernements des Moskowiter Imperiums geworden sind. Bei der Vertretung der politischen Interessen der Moskauer Sozialimperialisten findet man die sowjetische Armee auch in anderen Regionen und Gebieten der Welt. So ist z. B. die sowjetische Kriegsflotte in allen Meeren und Ozeanen, im Mittelmeer, im Indischen Ozean, im Atlantik, im Stillen Ozean usw. präsent. Die sowjetischen Marschälle und Generäle selbst prahlen mit den Fähigkeiten ihrer Truppen, die an jedem Punkt des Erdballs zuschlagen könnten, wodurch sie sehr eindeutig das wahre Ziel der aggressiven sowjetischen Armee preisgeben. **So ist die heutige sowjetische Armee eine konterrevolutionäre Armee der in der Sowjetunion wiederhergestellten bürgerlichen Diktatur, eine Besatzer- und Aggressionsarmee. Deswegen ist der Weg, um der sowjetischen Armee den Ruhm und die Ehre der Epoche Lenins und Stalins zurückzubringen, der, daß der sowjetische Soldat die Waffen, die er erhält, um andere zu versklaven, gegen die Clique richtet, die die Macht an sich gerissen hat.**



Unter Führung Lenins und Stalins war die Rote Armee eine Armee, die dem Sozialismus und der Revolution gedient hat. Sie hat einen großen Beitrag zur Befreiung der Völker vom Hitlerfaschismus geleistet. Chruschtschow, Breschnew und Co. haben diese Armee heute zu ihrem faschistischen und aggressiven Werkzeug gemacht.

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML, SEKTION DDR

Spendenkonto: Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr.: 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.

Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Humanisierung der Gefängnishaft?

Neues Strafvollzugsgesetz - ein Stück näher zur Barbarei

Seit dem 1. Januar 1977 gibt es ein neues Strafvollzugsgesetz, das es der Bourgeoisie ersparen soll, immer noch auf die „Verordnung über den Vollzug von Freiheitsstrafen vom 15. Mai 1934" zurückzugreifen. Die Nazis umschrieben ihr Strafziel darin deutlich: „Durch die Verbüßung der Freiheitsstrafe sollen die Gefangenen das begangene Unrecht sühnen. Die Freiheitsentziehung ist so zu gestalten, daß sie für die Gefangenen ein empfindliches Übel ist ..."

Mit der allgemeinen Faschisierung kommt in der Praxis auch der westdeutsche Strafvollzug dem von den Nazis angestrebten Strafziel immer näher, auch wenn die offizielle Propaganda der Bourgeoisie aus Anlaß der Verabschiedung des neuen Strafvollzugsgesetzes das Gegenteil behauptet. Das neue Gesetz wird als Ergebnis einer „über hundertjährigen Diskussion" für einen „humanen Strafvollzug" angepriesen. Es soll angeblich den Gefangenen helfen, „sich aus krimineller Verstrickung zu befreien, um künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen", wie Bundesjustizminister Vogel in einer Propagandabroschüre tönt.

Diese Heuchler! Wer ist denn letzten Endes verantwortlich für die „kriminelle Verstrickung" von mehr als einer Million Straftaten jährlich in der Bundesrepublik, für die mehr als 50000 Gefangenen in westdeutschen Gefängnissen?

Der Kapitalismus ist nicht nur selbst das größte Verbrechen in der Geschichte der Menschheit, der, um seinen endgültigen Untergang aufzuhalten, vor keinem Mittel, vor keinem Verbrechen, nicht vor Terror und nicht vor Massen- und Völkermord zurückschreckt. Der Kapitalismus ist auch der Nährboden für die stetig ansteigende Kriminalität, für die tausendfache Existenz von Vagabunden und Gammlern, Verbrechern und Prostituierten, Müßiggängern und Rowdies u. ä.

Und ob Mörder, Räuber oder Gewaltverbrecher: Sie alle sind die leiblichen Brüder, Sprößlinge der wirklichen Kapitalverbrecher, den Kapitalisten und einer Gesellschaft, in der Not und Elend Tausende und Abertausende auf den Weg des Rowdytums, der Bestechlichkeit, der Gaunerei stößt und sie aller menschlichen Züge beraubt. Die Reichen und die Gauner, das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, zwei Hauptarten von Parasiten, die der Kapitalismus großgezogen hat.

Der Unterschied in der Behandlung dieser zwei Parasitenarten besteht allerdings darin, daß die Kapitalverbrechen der Kapitalisten selbst „legal" sind und durch die gesamte Rechtsordnung der Bourgeoisie auch abgesichert werden. Wogegen sich die staatliche Strafmaschine mit ihrem ganzen Gewicht richtet, das zeigt bereits die Statistik: Solange es den entwickelten Kapitalismus gibt, solange konzentriert sich die Strafverfolgung fast gleichmäßig zu 60-70% auf Eigentumsverletzungen, also in erster Linie gegen die, die sich aus Not oder auch persönlichem Eigennutz über die vom kapitalistischen System diktierten Eigentumsverhältnisse hinwegsetzen. Gesteigert hat sich mit der Entwicklung dieses Systems zum faulenden, parasitären Kapitalismus lediglich das Ausmaß der „gemeinen Kriminalität". In den letzten Jahren hält es ungefähr mit der wirtschaftlichen Inflationsrate Schritt.

Obwohl dies kaum ein bürgerlicher Wissenschaftler und Fachmann auf dem Gebiet des Strafvollzugs bestreiten kann, heuchelt die Bourgeoisie wie eh und je davon, daß man mit Hilfe der Strafe, insbesondere der Freiheitsstrafe, dieser Kriminalitätsentwicklung Einhalt gebieten will, die Straftäter auf den Weg der „Resozialisierung" bringen will. Diese heuchlerische Propaganda braucht die Bourgeoisie natürlich deshalb, weil sie die eigentliche Ursache der Kriminalität im Kapitalismus verschleiern und ihre eigentlichen Strafzwecke verdecken muß.

Diesem Ziel dient auch das inzwischen erlassene Strafvollzugsgesetz. Darüber hinaus wird mit diesem Gesetz erstmals gesetzlich etwas festgeschrieben, was bereits im einen Jahrhundert alten Strafvollzug erprobt und praktiziert wurde. Einige Vorschriften geben schließlich noch genügend Handhabe dafür, die Brutalität des Strafvollzugs im Hinblick auf die bisherige Praxis noch zu verschärfen.

Einige Beispiele sollen dies veranschaulichen:

Verankert wird die Zwangsarbeit, wonach jeder Gefangene verpflichtet ist, auch gegen seinen Willen eine ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten. Nun wird mancher einwenden: „Arbeit schadet doch nicht. Im Gegenteil. Wer außerhalb des Gefängnisses nicht in der Lage war, von seiner eigenen Hände Arbeit zu leben, der soll das wenigstens hinter Gefängnismauern lernen." Daß der imperialistische Strafvollzug mit solchen erzieherischen Motiven gar nichts im Sinn hat, zeigt bereits die Art der Zwangsarbeit: Die große Masse der Strafgefangenen muß den ganzen Tag mit dem berüchtigten Tütenkleben verbringen, Fußbälle nähen, Kabelenden nach den verschiedenen Metallen trennen und ähnliche stupide Beschäftigungen, die maschinell viel besser und schneller ausgeführt werden könnten. Aber nach der Logik der Kapitalisten muß auch die sonst ungenutzte Arbeitskraft der Gefangenen profitbringend ausgenützt werden. Daß sich das „unterm Strich" auch wirklich lohnt, garantiert schließlich das „Entlohnungssystem", das nach wie vor mehr einem Sklavenzinssystem gleicht. Auch unter Geltung des neuen Strafvollzugsgesetzes bekommt der Gefangene im Durchschnitt nur 0,50 DM pro Stunde, ungefähr 4,30 DM pro Tag, wenn er die parallel mit dem Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes gesteigerten Leistungsanforderungen erfüllt. Davon darf er ca. 1 DM täglich für den persönlichen Einkauf (Zigaretten, Lebensmittel etc.) verwenden. Vom Rest kann die Anstalt einen bestimmten Betrag als „Haftkostenbeitrag" einbehalten. Falls dann überhaupt noch etwas übrigbleibt, wird dies bei der Entlassung ausbezahlt, um damit „den notwendigen Lebensunterhalt des Gefangenen und seiner Unterhaltsberechtigten in den ersten vier Wochen nach seiner Entlassung (zu) sichern", wie es zynisch im Gesetz heißt. Denn mit den höchstens ein paar hundert Mark kann man meistens noch nicht einmal die Unkosten für eine Wohnungsanmietung abdecken, geschweige denn den Lebensunterhalt für vier Wochen. Da ein Strafgefangener auch nach vier Wochen in der Regel noch keine Arbeit bekommen hat, sind damit bereits die besten Voraussetzungen für eine erneute Straffälligkeit gegeben. Das zeigt auch die Tatsache, daß mehr als 50% aller Strafgefangenen sogenannte Rückfalltäter sind.

Eine der größten „Errungenschaften" des imperialistischen Strafvollzugs ist die brutale und menschenzerstörende Isolierung der Gefangenen untereinander und von der Außenwelt. Bis vor etwa 100 Jahren war noch die Gemeinschaftshaft die Regel, bei der die Gefangenen in großen Sälen arbeiteten und schliefen. Dann setzten sich die Zellengefängnisse durch, um die „Disziplinschwierigkeiten der Gemeinschaftshaft" mit Hilfe der Isolation zu lösen.

Das Strafvollzugsgesetz ist gekennzeichnet durch ein ausgeklügeltes System, mit dem die oberflächliche und stufenweise Durchbrechung dieser generellen Isolation als Lohn für Wohlverhalten und Radfahrertum in Aussicht gestellt wird.

Dazu gehört z. B. das „Recht auf Besuch" für eine Stunde im Monat. Das kann aber schon dann außer Kraft gesetzt werden, wenn die Anstaltsleitung der Meinung ist, der Besuch könnte „einen schädlichen Einfluß auf den Gefangenen" haben. Unter den gleichen Umständen kann der gesamte Postverkehr unterbunden werden, z. B. in der Regel dann, wenn sich Briefe mit dem Strafverfahren befassen oder Kritiken am Strafvollzug beinhalten.

Im Kommentar zum Regierungsentwurf hieß es noch: „Der Empfang von Paketen ... bedeutet für den Gefangenen eine spürbare Erleichterung seiner Lebensführung und eine Festigung seiner Beziehungen zu den Außenstehenden." Die Beschränkung auf ganze drei Pakete im Jahr durch das Strafvollzugsgesetz schlägt diesen frommen Ausführungen ins Gesicht, wobei selbst diese drei Pakete zurückgehalten werden können bei „Gefährdung der Sicherheit oder Ordnung der Anstalt".

Ursprünglich war im Gesetzestext vorgesehen, daß das Anstaltsessen „gesundheitsfördernd, kräftigend, bekömmlich, abwechslungsreich und schmackhaft" werden sollte. Diesen Passus hat man vorsorglich gleich gestrichen. Zu offensichtlich würde die tägliche Gefängnispraxis dem widersprechen, wonach salmonelleninfizierte Kost und tote Mäuse im Essen keine einmaligen Erscheinungen sind. Wie sollte man, selbst wenn man wollte, auch bei einem Tagessatz von 2,55 DM ein „gesundheitsförderndes, kräftigendes etc." Essen zustande bringen?

Wenn das ausgefeilte Vergünstigungssystem nicht ausreicht, um einen Gefangenen der vom imperialistischen Strafvollzug diktierten Disziplin zu unterwerfen, steht hierfür noch eine vielfältige Skala von Disziplinierungsmaßnahmen zur Verfügung: von der Einkaufssperre, Leseverbot, Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen über Einzelhofgang, Fesselung, Besuchersperre bis hin zum Arrest und der vollständigen Isolation.

Ein beliebtes Mittel ist darüber hinaus die Einweisung des Gefangenen in die sogenannte „Sicherheitsabteilung" oder „Psychiatrische", die es in jeder Anstalt gibt, abgesondert von den anderen Abteilungen. Hier müssen Gefangene monatelang verbringen, wenn sie gegen die „Sicherheit und Ordnung des Hauses" verstoßen haben, z. B. bei Arbeitsverweigerung oder tätlichen Auseinandersetzungen mit Anstaltsbeamten oder Mitgefangenen. Wer vorher noch den erniedrigenden „Behandlungsmaßnahmen" und dem langen Strafvollzug standhalten konnte, der kann in diesen Sonderabteilungen systematisch zum psychischen Krüppel oder physischen Wrack gemacht werden. Mithilfe von Psychopharmaka und ähnlichen Medikamenten (Valium) werden Gefangene hier zu willenlosen, dahinsiechenden Marionetten gemacht. Die Folge ist oft, statt der Entlassung zum vorgesehenen Zeitpunkt, die Einweisung in die Irrenanstalt.

Diese Beispiele zeigen, daß auch und erst recht nicht unter Geltung des neuen Strafvollzugsgesetzes von einer „Humanisierung des Strafvollzugs" die Rede sein kann. Dem imperialistischen Staatsapparat geht es mehr denn je darum, die ohnehin schon durch das kapitalistische System zerrütteten kriminellen Existenzen vollends auf die Abschußliste zu setzen und so seine Machtmittel zu demonstrieren. Gleichzeitig soll damit die staatliche Gewaltanwendung mit Polizei, Justiz etc. gegenüber dem Volk legalisiert werden, um bei sich zuspitzenden Auseinandersetzungen besser gegen die Arbeiterklasse und Revolutionäre vorgehen zu können. (Wird fortgesetzt).



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WESTBERLIN

Mitte Februar fand in Westberlin der Prozeß gegen den Genossen Thomas Scheffer, presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt der KPD/ML, in dem der Tod unseres Genossen Günter Routhier als Polizeimord bezeichnet wird, statt. Im gleichen Prozeß angeklagt war der presserechtlich Verantwortliche der „Roten Hilfe e. V." in gleicher Sache.

Einen Tag vor dem Prozeß hatten Richter und Staatsanwalt über die Rechtsanwälte den Angeklagten angeboten, wenn diese erklären würden, im Flugblatt sei nur im übertragenen Sinne von „Mord" die Rede, würden sie den Prozeß auf Kosten der Landeskasse einstellen. Die „Rote Hilfe e. V." bzw. der Angeklagte H. Schmidt und seine Rechtsanwälte fanden den Vorschlag akzeptabel. Der Genosse der KPD/ML lehnte natürlich ab. Daraufhin beantragte H. Schmidt die Abtrennung des Verfahrens mit der Begründung, daß es sich um zwei unterschiedliche Organisationen handeln würde, die gerade auch im Anklagepunkt unterschiedliche Auffassungen verträten(!)

Als dieser Antrag abgelehnt wurde, beschränkte sich H. Schmidt in der Verhandlung auf das Verlesen des Flugblatts und antwortete auf eine entsprechende Frage des Richters, er könne nicht beurteilen, ob die Polizeibeamten gegen Günter Routhier mit Planung und Vorsätzlichkeit vorgegangen seien, im übrigen sei er der Auffassung, die einzelnen Polizeibeamten könnten sowieso nichts dafür, da sie ja nur ihre Aufträge ausführen würden. (!)

Nach dieser Erklärung von H. Schmidt standen Staatsanwalt, Richter, Anwälte und auch H. Schmidt dann beisammen und handelten ein erneutes Angebot aus: Einstellung des Verfahrens, wenn auch Thomas Scheffer erklären würde, daß er die fraglichen Polizisten nicht mehr Mörder nennen werde. Als Genosse Thomas das strikt ablehnte, beschimpfte ihn H. Schmidt in Anwesenheit all dieser Vertreter der Klassenjustiz als „dickköpfig" bzw. als „Märtyrer", der „unbedingt verurteilt werden" wolle.

Während Genosse Thomas anschließend genau nachwies, welche Rolle die Polizeibeamten beim Tod des Genossen Günter gespielt hatten, wie auch die Klassenjustiz ihren Teil dazu beigetragen hatte, die Wahrheit über den Tod von Günter Routhier zu vertuschen, äußerte sich H. Schmidt nicht mehr, sondern ließ über seine Anwälte mit Zitaten von Heinrich Böll und Erich Fried verkünden, daß gewaltsame Tötung sowieso die verabscheuungswürdigste Tat sei usw. Das Gericht wußte diesen Verrat im Kampf gegen den Tod des Kommunisten Günter Routhier und diese Absage an die revolutionäre Gewalt zu würdigen, indem es erklärte, zwischen den beiden Angeklagten bestehe ein deutlicher Unterschied, und anschließend Genossen Thomas zu 600 DM Geldstrafe und H. Schmidt zu 100 DM Geldstrafe verurteilte.

Durch diesen Prozeß wurde den zahlreich erschienenen Zuschauern der Unterschied zwischen der revolutionären Prozeßführung der Partei und der opportunistischen Anbiederung der RH e.V. sehr deutlich. Auch der einzige Zuschauer der RH e.V. war empört darüber, wie seine Organisation vor der Klassenjustiz aufgetreten war. Anschließend an den Prozeß fand noch ein Treffen zum Prozeß statt, zu dem 30 Freunde und Genossen kamen, die zum Prozeß selbst nicht kommen konnten. Es wurden 108 DM für die Unterstützung des Genossen Thomas gesammelt.

BETZDORF

Mitte Februar wurde Ruth Heuzeroth vom Betzdorfer Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt (der Staatsanwalt hatte sechs Monate ohne Bewährung gefordert), weil sie als Redakteurin der „Wahrheit" einen „Mord nachträglich gebilligt" und die Bundesrepublik verächtlich gemacht haben soll durch Artikel zu den Anschlägen auf die US-Quartiere in Frankfurt und Heidelberg, zum Tod von Drenkmann und einer Veranstaltung mit CDU-Dregger.

Spenden zur Unterstützung der „Roter Morgen"-Prozesse
bitte einzahlen auf die Konten:
Vorstand der KPD/ML, Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PSchKto. Nr. 64 20-467, PSchA Dtm.
Stichwort: SOLIDARITÄT

Spenden

Im Monat Februar gingen folgende Spenden auf die Spendenkonten der Partei ein:

1. Spenden für die KPD/ML

3.2.	Sylvesterfeier Gelsenkirchen	106,00
4.2.	W. H., Westberlin (zum III. Parteitag)	100,00
9.2.	Veranstaltung Ludwigshafen	845,00
10.2.	Gründungsveranstaltung Dtmd./Bochum	2.031,36
22.2.	Spenden aus dem Landesverband NRW	20.000,00
Gesamt:		**DM 23.082,36**

2. Spenden für die KPD/ML, Sektion DDR

2.2.	Buchladen „Roter Morgen", München	96,00
14.2.	P. K., München	200,00
18.2.	F. und H. R., Mannheim	100,00
Gesamt:		**DM 396,00**

3. Solidaritätsspenden

8.2.	Sektion Westberlin (für Bernd Woitalla)	150,00
11.2.	Veranstaltung Duisburg (zum Prozeß gegen Ernst Aust)	190,00
16.2.	Veranstaltung Bochum (für Solidarität mit dem Kampf in Brokdorf	226,47
21.2.	P. K., München (für den Kampf in Brokd.)	100,00
22.2.	Veranstaltung Mülheim (für Bernd Woitalla)	78,22
Gesamt:		**DM 744,69**

4. Sonstige Spenden

22.2.	Grundschulung Singen (für die Arbeiter von Roca Radiadores	25,00

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

◯ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

◯ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

◯ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

◯ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Aus aller Welt

USA

In den Kohlengruben von West Virginia, Pennsylvania, Illinois und Indiana sind 33.000 Kumpel in einen spontanen Streik getreten. Sie kämpfen gegen die kürzlich von den Kohlekapitalisten erlassenen neuen Regelungen bei Krankheiten. Die neue Regelung erlaubt es den Kapitalisten, die Kumpels noch mehr als bisher zu bespitzeln und ist ein Instrument, um die Entlassung überflüssiger oder kämpferischer Kollegen voranzutreiben. In ihrem Streik haben die Kumpel nicht nur die Kohlekapitalisten, sondern auch die verräterischen Führer der Gewerkschaft der Grubenarbeiter gegen sich. Der Präsident dieser Gewerkschaft, Miller, erließ kurz nach dem Beginn des Streiks einen Aufruf an die Kumpels, in dem er sie aufforderte, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

KANADA

Auch in Kanada sind 400 Kumpel einer Eisenerzmine in Labrador in einen spontanen Streik getreten. Sie protestieren gegen die gefährlichen Arbeitsbedingungen. Durch mangelnde Sicherheitseinrichtungen waren in dieser Grube kurz vorher drei Arbeiter ums Leben gekommen. Als sich daraufhin mehrere Arbeiter weigerten, unter den gefährlichen Bedingungen weiterzuarbeiten, wurden sie von den Kapitalisten entlassen. Der Streik der 400 Kumpel wird von den 1.800 Arbeitern der „Iron Ore Company" unterstützt.

OSTTIMOR

Die von der FRETILIN geführten Befreiungsstreitkräfte auf Osttimor erringen immer neue Erfolge gegen die indonesischen faschistischen Aggressoren. Einer Meldung des Senders der FRETILIN zufolge gelang es den Befreiungsstreitkräften in der Zeit zwischen dem 23. und 31. Januar, in der Nähe des Dorfes Baguia 72 Soldaten der Aggressionstruppen zu vernichten. Auch bei den Kämpfen in anderen Teilen des Landes erlitten die indonesischen Truppen große Verluste.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten unternehmen weiter kühne Aktionen gegen die englischen Besatzertruppen und die Landesverräter und bringen ihnen schwere Verluste bei. Am 25. Februar töteten die Patrioten in der Umgebung von Newry ein reaktionäres Element, das wegen seiner Verbrechen an der einheimischen Bevölkerung berüchtigt war. Einen Tag später legten sie einer Polizeistreife in der Nähe der Hauptstadt Belfast einen Hinterhalt. Ein Polizist wurde durch das Feuer der Patrioten getötet, während die übrigen panikartig die Flucht ergriffen. In derselben Provinz hatten die Patrioten am Vortag einen weiteren Polizisten getötet.

SIMBABWE

Das Rassistenregime Rhodesiens verübt nach wie vor bewaffnete Provokationen gegen die unabhängigen afrikanischen Länder. Bewaffnete Einheiten der rhodesischen Armee drangen Ende Februar innerhalb weniger Tage mehrmals tief in das Territorium Botswanas ein und beschossen eine Reihe von Dörfern in diesem Raum mit Artillerie. Unter den ständigen Schlägen der Armee von Botswana waren die Eindringlinge allerdings schnell gezwungen, sich zurückzuziehen. Um den bewaffneten Kampf niederzuschlagen, hat das Rassistenregime außerdem erneut seine Militärausgaben erhöht. Die Ausgaben für das Heer stiegen um 22,5 Mio. Dollar, die für die Polizei um 5,4 Millionen Dollar. Gleichzeitig wurde bekannt, daß das Rassistenregime ein „Kampfministerium" gegen die Guerrillas gebildet hat, um seine konterrevolutionären Aktivitäten besser zu koordinieren und zu zentralisieren. Das rhodesische Rassistenregime hat bei allem die Unterstützung der imperialistischen Mächte, vor allem des USA-Imperialismus. So erklärte der US-Botschafter bei der UNO kürzlich unverfroren, daß der Einsatz amerikanischer Truppen im Rahmen der UNO in Rhodesien durchaus denkbar sei. Aber das Volk von Simbabwe läßt sich weder durch die Aufrüstung des Rassistenregimes noch die Drohungen der USA-Imperialisten einschüchtern. Es läßt sich auch nicht durch die demagogischen Losungen von einer angeblich „friedlichen Lösung" des Rhodesienproblems in die Irre führen. Es vertraut auf den bewaffneten Kampf als den einzigen Weg zu seiner Befreiung und ist entschlossen, den bewaffneten Kampf bis zum Sturz des rassistischen Regimes fortzusetzen.

PALÄSTINA

Die palästinensische Bevölkerung auf dem Westufer des Jordan führt ihre Kampfaktionen gegen die israelischen zionistischen Besatzer fort. In Ramallah demonstrierten am 7. März erneut Tausende von Jugendlichen gegen die Besatzerarmee. Sie warfen Steine gegen die israelischen Truppen, die die Demonstration niederschlagen wollten, und stimmten Parolen für die PLO an. Ein Sprecher der PLO hat inzwischen zu den von den Imperialisten und Sozialimperialisten aufgetischten Vorschlägen Stellung genommen, das palästinensische Volk solle auf dem Westufer des Jordan einen Teilstaat errichten und dafür die Existenz des israelischen Unterdrückerstaates anerkennen und den bewaffneten Kampf einstellen. Der Sprecher der PLO hat die Pläne der Imperialisten und Sozialimperialisten verurteilt und die Entschlossenheit des palästinensischen Volkes bekräftigt, seinen Kampf bis zum Sieg, zur Vernichtung des zionistischen Staates, zur Befreiung seiner Heimat, für ein demokratisches, antiimperialistisches Palästina, in dem Moslems, Juden und Christen gleichberechtigt nebeneinanderleben können, fortzusetzen.

SPANIEN

Überall in Spanien setzen die werktätigen Massen ihren Kampf gegen das monarchofaschistische Regime für die Freilassung aller politischen Gefangenen fort. Der Kampf verstärkt sich vor allem im Baskenland. Am 6. März haben in Pamplona und in San Sebastian mehrere tausend Menschen in den Straßen demonstriert. Die faschistische Polizei ging mit Tränengas und Gummiknüppeln auf die Demonstranten los, um sie auseinanderzutreiben.

FINNLAND

In Finnland sind im ganzen Land 140.000 Metallarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

THAILAND

Der Kampf der Volksarmee, die unter der Führung der Kommunistischen Partei Thailands steht, nimmt immer größere Ausmaße an. Nördlich von Bangkok gelang es den Volksstreitkräften vor kurzem, einen Militärkonvoi des faschistischen Regimes in einen Hinterhalt zu locken. Die Faschisten erlitten bei dem Angriff der Guerrillas große Verluste an Menschen und Material.

VANGUARDIA OBRERA — SEMANAL

Bandeira Vermelha — ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Spanien — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien — Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità — ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m-l)

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Italiens Studenten im Kampf

Rebellion ist gerechtfertigt!

Der Kampf der italienischen Studenten geht weiter. Am 5. und 6. März haben erneut Tausende von Studenten gemeinsam mit vielen Arbeiterjugendlichen, Arbeitslosen und werktätigen Frauen in den Straßen von Rom demonstriert. Sie protestierten gegen die Verurteilung eines Studenten zu neuneinhalb Jahren Gefängnis durch die bürgerliche Klassenjustiz, der vor zwei Jahren angeblich einen Faschisten getötet haben soll.

Auch diesmal war die Polizei aufmarschiert, um die Demonstration zu zerschlagen. Ausgerüstet mit Gummiknüppeln, „Chemical Mace" und Schußwaffen stürzte sie sich auf die Demonstranten. Die Studenten ließen sich aber nicht einschüchtern, sondern kämpften mutig gegen die Polizei, der es erst am Sonntagabend gelang, die Demonstrationen niederzuschlagen. Wie schon bei verschiedenen anderen Demonstrationen eröffneten auch diesmal wieder Polizisten das Feuer auf die Studenten. Die Kämpfe der italienischen Studenten dauern schon seit einigen Wochen an. Ihr unmittelbarer Anlaß war die Bekanntgabe des „Sparprogramms" der Regierung Andreotti für die Universitäten. Dieses Programm, das den italienischen Studenten verschärfte politische Unterdrückung, weniger Geld und eine größere Reglementierung des Studiums bringen soll, ist Bestandteil einer Reihe von Angriffen der italienischen Bourgeoisie auf die Werktätigen des ganzen Landes, um die schwere Krise, in der Italien steckt, auf ihren Rücken abzuwälzen. So steht das „Sparprogramm" der Regierung für die Universitäten in einer Reihe mit dem Sozialpakt, mit dessen Hilfe der Arbeiterklasse ein Lohnstopp aufgezwungen werden soll, mit Angriffen auf die Sozialversicherungen und die Gesundheitsfürsorge für die Werktätigen, mit einer Reihe neuer Steuern und Abgaben, der Teuerung, Inflation und ständig steigender Arbeitslosigkeit.

Der Kampf der Studenten hat sich über das ganze Land ausgeweitet. In Dutzenden von Universitäten haben die Studenten die Hörsäle besetzt. Überall haben große Demonstrationen stattgefunden, an denen sich Hunderttausende von Studenten beteiligten. Allein am 19. Februar demonstrierten 50.000 in den Straßen Roms. In Mailand, Turin und Neapel waren es jeweils 10.000 und auch in den kleineren Universitätsstädten beteiligten sich Tausende von Studenten an den Kämpfen.

Der Massencharakter der Studentenbewegung, die Tatsache, daß sich ihre Kämpfe mit denen der Arbeiter und anderer Werktätiger verbinden — in Mailand z. B. demonstrierten Tausende von Arbeitern und Studenten gemeinsam gegen das „Sparprogramm" und den „Sozialpakt" — die Militanz der Kämpfe, die Ausweitung der Forderungen von studentischen auf solche, die alle Werktätigen betreffen — all das verleiht dem Kampf der Studenten eine große Kraft und ungeheure Wucht.



Zu schweren Kämpfen kam es, als Luicio Lama, der Chef der revisionistischen Gewerkschaft, in der Universität in Rom sprechen wollte. — Er wurde von der Uni verjagt.

Das hervorstechendste Merkmal der gegenwärtigen Bewegung der Studenten ist ihre Feindschaft gegen die modernen Revisionisten, die Partei Berlinguers und Co. und die von den Revisionisten geführten verräterischen Gewerkschaften. Offen wie selten zuvor sind die revisionistischen Bonzen gegen den Kampf der Studenten aufgetreten, mit Demagogie und sozialfaschistischer Gewalt versuchten sie, ihn gemeinsam mit dem bürgerlichen Staat und den Faschisten niederzuschlagen. Lucio Lama, der Chef der revisionistischen Gewerkschaft, beschimpfte die Studenten als „neue Faschisten" und die „Unita" vom 3. Februar schreibt in einem Kommentar: *„Die Polizeikräfte, denen die Verteidigung der Institutionen und die Sicherheit der Bürger obliegt, müssen instand gesetzt werden, die Entwicklung der provokatorischen Pläne zu verhindern. ... Die Beamten müssen in jedem Augenblick das Bewußtsein haben, daß das gesamte demokratische Lager hinter ihnen steht."*

Das ist also die Realität des „historischen Kompromisses" von Berlinguer und Co., ihr angeblicher „friedlicher Weg zum Sozialismus": das Bündnis mit der reaktionären Regierung, der Polizei und den Faschisten gegen den revolutionären Kampf der Studenten. Tausende von Studenten haben diesen Verrat der modernen Revisionisten voller Abscheu verurteilt. Lucio Lama wurde mit Schimpf und Schande aus der Universität verjagt und auch seine Schlägerbanden konnten ihm nicht helfen. In den Straßen der Universitätsstädte werden Parolen gegen den „historischen Kompromiß" gerufen und einer der revisionistischen Bonzen, der sich in die von den Studenten besetzte wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Rom wagte, wurde von den Studenten mit dem Ruf „Platz da für die neue Polizei!" empfangen.

Unter diesen Bedingungen kämpft die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten und ihr Jugendverband dafür, der Bewegung der Studenten einen klaren antikapitalistischen Charakter zu verleihen und sie noch fester mit dem Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu verbinden. Die Partei und der Jugendverband, die in den ersten Reihen des Kampfes stehen, erklären den Studenten, daß ihre Zukunft der Sozialismus ist: der gewaltsame Sturz der italienischen Bourgeoisie in der proletarischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Kein Urlaub in Spanien!

Spanien wird als schönes und billiges Urlaubsland gepriesen. Schön ist Spanien tatsächlich. Es hat nicht nur eine reizvolle Landschaft, sondern auch eine alte Kultur, die heute noch in den Liedern und Tänzen der Völker Spaniens lebendig ist. Warum aber ist Spanien ein so billiges Urlaubsland? Diese Frage drängt sich geradezu auf, wenn man in den Angeboten von Neckermann, aber auch der gewerkschaftlichen „gut"-Reisen oder kirchlicher Reiseunternehmen etwa „zwei Wochen Sonnenstrand" für einen Preis versprochen bekommt, für den man hier in Deutschland niemals Urlaub machen könnte.

Der Urlaub in Spanien ist deshalb so billig, weil das Elend der spanischen Völker groß ist! Die amerikanischen und die westdeutschen Touristikunternehmen finden in Spanien billiges Bauland, Steuervergünstigungen durch das faschistische Regime und Arbeitskräfte, denen sie nur einen Hungerlohn zu zahlen brauchen. Wer die riesigen Hotelkästen von Neckermann usw. dort kennt, der weiß, welchen Reibach die Touristik-Unternehmen in Spanien machen. Dieses Touristik-Geschäft nützt nicht nur den ausländischen Imperialisten. Es bedeutet auch eine kräftige Unterstützung für die Handvoll einheimischer Reaktionäre, die mit ihrem faschistischen Regime das Volk aufs brutalste ausbeuten und unterdrücken.

Auch heute fährt, wer Urlaub in Spanien macht, in ein faschistisches Land. Alles Gerede von einer „Demokratisierung" des gesellschaftlichen Lebens seit dem Tode Francos ist Lüge und Betrug. Auch heute ist es so, daß in den berüchtigten spanischen Gefängnissen Tag für Tag Revolutionäre gefoltert werden. In der kurzen Zeit der monarchofaschistischen Diktatur ermordete die Guardia Civil an die 50 Menschen. Auch heute ist es so, daß den Werktätigen, die sich zum Kampf erheben, die Knüppelgarden der Armee und der faschistischen Polizei entgegentreten, daß geschossen wird.

Deshalb gilt nach wie vor: Wer das spanische Volk liebt, wer den Freiheitskampf der spanischen Arbeiterklasse unterstützen will, der boykottiert das faschistische Spanien!

In einem Aufruf der FRAP im vorigen Jahr hieß es: „Für das spanische Volk, von dem drei Millionen Arbeiter gezwungen sind auszuwandern, um zu überleben, bedeutet der Tourismus vor allem Ausbeutung und Leiden. ... Für die Völker Spaniens, für die Arbeiterklasse, für die Antifaschisten und Patrioten, die für die nationale Unabhängigkeit und den Sturz des Faschismus kämpfen, stellt der Tourismus eine Stütze der monarchofaschistischen Oligarchie dar, die es jener gestattet, sich an der Macht zu halten — daher ist es notwendig, einen umfassenden und mutigen Boykott gegen ihn zu organisieren. Das ständige Komitee der FRAP, das sich der Notwendigkeit bewußt ist, den Kampf gegen die gegenwärtige Regierung, die den Francismus fortsetzt, mit allen Mitteln und an allen Fronten zu verstärken, ruft deshalb alle Antifaschisten und Demokraten der Völker Europas und der ganzen Welt, alle antifaschistischen Organisationen auf, die Kampagne für den Boykott des Tourismus zu unterstützen und auszuweiten."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Interview mit einem Mitglied des ZK der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles

„Roter Morgen": Kannst du uns etwas über die gegenwärtige Lage in Chile berichten?

Antwort: Wie bekannt ist, schaffte es die Diktatur mit ihrer Farce „Amnestie für alle politischen Gefangenen" nicht, die Wahrheit zu verdunkeln. Es gibt immer noch Tausende von Häftlingen in den Gefängnissen, Kasernen und Konzentrationslagern. Es gibt schlimme Foltern wie z. B. in der „Colonia Dignidad" in der Nähe von Parral. Das ist eine „Kolonie" einer Gruppe Deutscher, die von ehemaligen Nazibonzen geführt wird und von der Junta in ein Experimentierlager für Folterungen verwandelt worden ist. Die Unterdrückung wird im allgemeinen weiter fortgesetzt, normalerweise wird von der DINA (dem Geheimdienst der Militärjunta) die Methode des „Verschwindens" benutzt.

Andererseits verurteilt die brutale Wirtschaftspolitik der Junta im Interesse einer Handvoll Monopole, des Großgrundbesitzes und des ausländischen, insbesondere des amerikanischen Kapitals die Arbeiterklasse und unser Volk zu einer schrecklichen Lage, zu Hunger und Elend. Es genügt aufzuzeigen, daß von der Arbeitslosigkeit mehr als 25% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betroffen sind, daß die Inflation ein **Prozent pro Tag** erreicht und daß die Löhne und Gehälter in Wirklichkeit nicht einmal für das allerschlechteste Essen ausreichen.

Veranstaltungen
zur Unterstützung des Kampfes der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles

Frankfurt: 30.März

Hamburg: 1. April

Westberlin: 2. April

(Genauer Veranstaltungstermin und -ort können in den Parteibüros der KPD/ML erfragt werden)

Es spricht ein Vertreter der RKP Chiles.

All dies treibt Tag für Tag mehr Teile der Massen in den Kampf, läßt sie ein Bewußtsein erlangen über den wirklichen Charakter der Diktatur, was dazu führt, daß die Kämpfe sich vervielfachen und sich der Widerstand im gesamten Territorium verstärkt. **Es entstehen mehr und mehr Widerstandskomitees und andere illegale Organisationen, die die Massen in ihrem Kampf gegen die Diktatur erziehen, ausrichten und führen. Unter ihnen entwickeln sich die „Front des Volkes" und unsere Partei mit großer Geschwindigkeit.**

Die schlechte wirtschaftliche Lage hat auch den Massenbankrott kleiner, mittlerer und großer Industrien, das Absinken der Massenkaufkraft im ganzen Land bis hin zu bisher nie dagewesenen Tiefen hervorgerufen. Diese Lage, die schwere wirtschaftliche Krise und die wachsende Unzufriedenheit des Volkes bilden eine außergewöhnliche Mischung, die unvorhersehbare Folgen haben kann. Der Imperialismus hat diese Situation erkannt. Er sieht, daß seine Herrschaft und seine Interessen in keiner Weise sicher sind. Deshalb versucht er einige Änderungen zu erreichen, die es ihm erlauben, das Wesentliche des Unterdrückungsapparates und des von ihm verteidigten Regimes intakt zu halten und die Verbrecher vor ihrer Bestrafung durch das Volk zu retten. Sowohl im Inneren wie auch international hat der USA-Imperialismus genug Probleme, wie z. B., daß er von der öffentlichen Weltmeinung abgelehnte und isolierte Mörder und Folterer unterstützt. Die neue amerikanische Regierung plant mit dem ihr am meisten ergebenen und reaktionärsten Teil innerhalb der Christdemokratie die Ersetzung der Junta durch andere Militärs, die mit ziviler Unterstützung rechnen könnten.

In einem neuen großen Verrat reiht sich die revisionistische Partei in diese Machenschaften der Yankees und Christdemokraten ein und hat ihre Unterstützung für diese „Demokratisierungs"farce zugesagt, obwohl sie noch einige Zeit warten muß, bevor es ihr wieder gestattet sein wird, legal aufzutreten, an den bürgerlichen Institutionen teilzunehmen und wiederum mit den anderen bürgerlichen Parteien in den Wahlen zu konkurrieren. Der Revisionismus muß neue Beweise für seine Fähigkeit geben, den Kampf der Massen zu bremsen. Diesmal müssen sie sich anstrengen, damit das Volk die Ma**chenschaften, die den Faschismus** retten sollen, akzeptiert.

Dies stellt klarer als je zuvor die Ziele der „K"P heraus: **sich ständig dem Kampf der Massen gegen die Diktatur entgegenzustellen und ihn zu boykottieren, um jeden Preis die Einheit mit der Christdemokratie zu suchen, so, wie es die Erklärungen ihres Generalsekretärs Luis Corvalan, der freigelassen wurde, als diese Machenschaften angezettelt wurden, ausdrücken: „Die Mehrheit der chilenischen Streitkräfte ist demokratisch und gegen die Diktatur", sagte er und, daß es sicher sei, daß „ diese mehrheitlichen Teile die wenigen Verrätergeneräle liquidieren werden".** Der Revisionismus macht Anstrengungen, um seine schon seit jeher bestehende Gefolgschaft in den Führungen der anderen Parteien der ehemaligen „Unidad Popular" mit in dieses schmutzige Manöver hineinzuziehen und die Massen mit dem Vorwand zu verwirren, „dies sei der einzig mögliche Ausweg". In Chile wird dieser neuerliche Verrat des Revisionismus von den Massen und der Basis der antifaschistischen Parteien fest zurückgewiesen, wie es auch im Ausland unter den chilenischen Flüchtlingen geschieht.

Die RKP Chiles hat dazu aufgerufen und ruft weiter dazu auf, mehr denn je den Massenkampf für den Sturz der Diktatur zu verstärken. Weder der USA-Imperialismus noch die Christdemokratie oder die faschistischen Militärs werden dem Volk die Freiheit bringen — und wenn sie noch so viele „demokratische" Masken aufsetzen. Ebensowenig wird es der Revisionismus tun, der vor dem Putsch und seit Jahrzehnten die Massen aufruft, auf die reaktionären Pro-Yankee-Streitkräfte zu vertrauen (er nennt sie „Volk in Uniform"), der die Entwicklung des revolutionären Kampfes des Volkes verhinderte und zum Komplizen des faschistischen Putsches wurde, indem er die Arbeiterklasse und das Volk ideologisch, politisch und militärisch entwaffnete, der systematisch den Widerstandskampf boykottiert hat, der alles Mögliche unternommen hat, um diejenigen zu spalten, die gegen die Diktatur kämpfen wollten und sich nicht unterworfen haben. Die Linie des Revisionismus, sein „friedlicher Weg", können nur zur Frustration und zu einem neuen Massaker führen.

Die chilenische Arbeiterklasse und das chilenische Volk sind dabei zu verstehen, daß die Diktatur (mit oder ohne Pinochet) nicht von allein fallen wird, daß sie im Kampf gestürzt werden muß, daß dieser Kampf **ein Schritt ist für die Eroberung der** Macht und für die endgültige Befreiung vom USA-Imperialismus und von jedem Imperialismus, für die Volksdemokratie und den Sozialismus. **Das Volk hat nur einen einzigen Weg in diesem Kampf: seine eigene Volksarmee und den Volkskrieg zu entwickeln. In diesem Sinn arbeiten wir heute hart im Land, so, wie wir es seit 1966 tun, seit dem Datum der Gründung der RKP Chiles, und wie wir es vorher schon als Gruppe „Epartaco" getan haben. Die Tatsachen haben die Richtigkeit unserer Linie bestätigt und die Massen verstehen sie auch jeden Tag besser.**

Wir richten einen Aufruf an alle Chilenen im Exil, diesen neuen Verrat der modernen Revisionisten gründlich zu analysieren, über den Klassencharakter der falschen „K"P gründlich nachzudenken und sie zurückzuweisen. Wir rufen sie auf, die breitestmögliche Einheit aller derjenigen zu entwickeln, die bereit sind, gegen die Diktatur und für die Befreiung unseres Volkes zu kämpfen.

„Roter Morgen": Welches sind nach eurer Meinung die wichtigsten internationalistischen Aufgaben in der Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes?

Antwort: An erster Stelle müssen wir klarstellen, daß die chilenischen Marxisten-Leninisten immer die Massen aufgerufen haben, in ihrem Kampf für den Sturz der Diktatur und die Eroberung der endgültigen Befreiung auf die eigenen Kräfte zu vertrauen. **Der Hauptfaktor ist der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes im Lande.** Dennoch brauchen sie in jeder Hinsicht internationalistische Unterstützung. Natürlich muß es eine kämpferische Unterstützung seiner Kämpfe sein. Das Wichtigste muß die Verbreitung der Kämpfe sein, die die Massen im Lande entwickeln, und die moralische, politische und materielle Hilfe für die Organisationen, die diese Kämpfe in Chile vorwärtstreiben und führen. Wichtig ist auch, die Verbrechen der Diktatur anzuklagen und den Boykott und andere Maßnahmen, die dazu dienen, die Diktatur noch mehr zu schwächen und zu isolieren, voranzutreiben. Auch das ist eine Unterstützung des Kampfes im Lande.

Die RKP Chiles konzentriert ihre Tätigkeit im Ausland darauf, den Kampf unseres Volkes zu verbreiten und Unterstützung für ihn zu erhalten. Dabei bekämpfen wir entschieden jene Art von zerstörerischer „Solidarität", die der russische Sozialimperialismus und der Revisionismus betreiben. Sie boykottieren natürlich den Kampf innerhalb und außerhalb unseres Landes, sie verschweigen die heldenhaften Kämpfe der Arbeiterklasse und der Massen. Sie konzentrieren ihre Aktivitäten auf die Anklage einiger Verbrechen der Diktatur (jeden Tag mit weniger Kraft), auf **den Boykott und die Sammlung von** Geld, um die Reste ihres bürokratischen Apparates aufrechtzuerhalten. Damit stellen sie den Völkern unser Volk falsch dar: Es sieht so aus, als ließe es sich widerstandslos ermorden, foltern und ausbeuten; als ob es nicht kämpfte und als ob es alles vom Ausland erwarte. Dies ist eine opportunistische, verräterische Linie, die voll und ganz ihrer Einheitspolitik mit dem reaktionären Pro-Yankee-Teil der Christdemokratie entspricht.

Wir bekämpfen auch die Politik einiger opportunistischer europäischer Organisationen, die sich selbst „Marxisten-Leninisten" nennen und die ihre Unterstützung für den Kampf unseres Volkes gegen den Faschismus verweigern. Hier in Westdeutschland vertritt eine von ihnen, daß man die Diktatur Pinochets nicht boykottieren darf, sondern daß man sie unterstützen muß, damit sie eine angebliche „Unabhängigkeit" gegenüber den beiden Supermächten aufrechterhält. Sie wagen das allerdings nicht ganz offen zu sagen, denn dann stünden sie nackt als die schlimmsten Opportunisten und Kapitulanten da: **Sie wollen, daß unser Volk nicht gegen die Diktatur kämpft, weil diese den russischen Sozialimperialismus bekämpft.**

Unterstützt den Kampf der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles!



Spendet auf die Konten:

Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004—547
Vorstand der KPD/ML
und

PSchKto 64 20 — 467,
PSchA Dortmund
KPD/ML-Spendenkonto

Stichwort: Chile

Es ist eine kleinbürgerliche Organisation, die keinen Klassenstandpunkt, keinen marxistisch-leninistischen Standpunkt hat. Sie kann nicht verstehen, daß die Diktatur den Sozialimperialismus bekämpft, weil sie im wesentlichen die Interessen des USA-Imperialismus und der reaktionärsten Kreise in Chile vertritt. **Sie können nicht verstehen, daß unser Volk den USA-Imperialismus, die innere Reaktion und die faschistische Militärjunta, die diese gegenwärtig repräsentiert, abgrundtief haßt und daß unser Volk nie davon ablassen wird, gegen sie zu kämpfen, bis sie in unserer Erde begraben sind. Diese** sind die Hauptfeinde der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes und diejenigen, die sich unter dem einen oder anderen Vorwand dem Kampf für die endgültige Befreiung entgegenstellen, werden unwei**gerlich auf dem Misthaufen der Ge**schichte landen.

Im November 1976 haben wir Delegationen von acht marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas, die auf dem 7. Parteitag der PAA zugegen waren, in einer gemeinsamen Erklärung unter anderem unsere Auffassungen über den revolutionären Kampf in diesem Gebiet und über die Notwendigkeit, die Solidarität mit dem Kampf unserer Völker voranzutreiben, zusammengefaßt. Diese Erklärung ist ein harter Schlag gegen die diesbezüglichen revisionistischen und opportunistischen Vorstellungen.

Für die Marxisten-Leninisten ist das grundlegende Konzept der Solidarität der proletarische Internationalismus. In Übereinstimmung mit diesem Prinzip vereinen und unterstützen sich die KPD/ML und die RKP Chiles in ihrem gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus (besonders die beiden Supermächte), die Reaktion, den modernen Revisionismus und den Opportunismus jeder Schattierung. Wir bedanken uns im Namen der Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes für die internationalistische Unterstützung, die uns die KPD/ML entgegengebracht hat und entgegenbringt.

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Für wen kämpfen die Ärzteverbände?

„Wir sind bereit, für unsere Patienten auf die Barrikaden zu gehen." So der Vorsitzende des deutschen Kassenärzteverbandes Helmut Walter. Und Minister Ehrenberg erwidert scheinheilig: „Hier wird ein Protest gegen die Bundesrepublik auf dem Rücken hilfesuchender Patienten durchgeführt."

Bereits seit einigen Wochen dauert der Streit zwischen den verschiedenen Ärzteverbänden auf der einen und dem kapitalistischen Staat auf der anderen Seite. Beide Seiten tun so, als hätten sie nichts als das Interesse der Patienten im Auge. Aber was wollen sie wirklich?

Ärzteverbände — Angst um's Honorar

In den Flugblättern, die gemeinsam von Ärzteverbänden, Zahnärzteverbänden und Apothekervereinigungen an die Patienten verteilt werden, wird zuerst die zu erwartende Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, die geplante Datenspeicherung über die Patienten usw. angeprangert. Von den Interessen der Ärzte selbst kein Wort. Also eine Aktion der reinen Nächstenliebe? Natürlich nicht. Wenn es auch einzelnen Ärzten sicherlich um die Interessen ihrer Patienten geht, so geht es den Ärzteverbänden nur um eins: um die Verteidigung ihrer Honorare, die sie durch das sogenannte „Kostendämpfungsgesetz" der Bundesregierung angegriffen sehen. Denn die Verordnung von Medikamenten, das Rezeptschreiben, war bisher ihre Haupteinnahmequelle. Für das Ausschreiben eines Rezeptes erhielt der Arzt nach der bisher gültigen Gebührenordnung 3,00 DM. Verordnete der Arzt zu teure Behandlungsmethoden, wurde er auch bisher schon von den Kassen regreßpflichtig gemacht. Das heißt, nach der bisher gültigen Regelung konnte der Arzt nur dann viel Geld verdienen, wenn er möglichst viel Krankenscheine einsammelte, möglichst viele Rezepte ausschrieb und möglichst kurze Behandlungszeiten hatte, wenig Hausbesuche machte. Diese bequeme Einnahmequelle sehen die Ärzteverbände jetzt — durch die generelle Grenze für Verschreibungskosten — gefährdet. Deshalb und aus keinem anderen Grund gehen die Millionäre aus den Vorständen der Ärzteverbände auf die Barrikaden. Das Gerede von den Interessen der Patienten ist nichts als Demagogie. Mit wem sie tatsächlich gleiche Interessen verbinden, zeigt die „Kampfgemeinschaft" mit den Apothekervereinigungen, zeigen die wohlmeinenden Stimmen aus den Direktionsetagen der Pharmaindustrie, die — wie man hört — die Ärzteverbände sogar finanziell unterstützen sollen.

Kampf dem kapitalistischen Gesundheitswesen

Wenn auch die Interessen der Ärzteverbände nichts mit den Interessen der Werktätigen, die unter einer katastrophalen Lage im Gesundheitswesen leiden, zu tun haben, wenn auch — zu Recht — die Empörung über die „Geldverdiener" in den Arztpraxen groß ist: Die Hauptverantwortlichen für die Misere im Gesundheitswesen sind nicht die einzelnen Ärzte. Das ist der kapitalistische Staatsapparat. Es ist nichts als Demagogie, wenn die Regierung so tut, als sei sie im Interesse der Werktätigen gegen die hohen Arztkosten. In Wirklichkeit ist der Protest der Ärzteverbände für sie ein willkommener Anlaß, von ihren jüngsten Angriffen auf die Gesundheitsversorgung der Werktätigen abzulenken. Davon,

- daß als Folge der Beschlüsse zur Rentenpolitik die Krankenkassenbeiträge um etliche Prozent steigen werden;
- daß durch weitere Streichungen staatlicher Zuschüsse noch mehr Krankenhäuser schließen werden;
- daß durch Streichung von Haushaltsmitteln für die Krankenhäuser weitere Ärzte- und Krankenschwesternstellen gestrichen werden, die Behandlung im Krankenhaus noch schlechter wird;
- daß die Möglichkeit der Ärzte, teure Medikamente und Behandlungsmethoden zu verschreiben, noch weiter eingeengt wird;
- daß die sogenannten „Vertrauensärzte" in Zukunft nicht nur die Dauer der Arbeitsunfähigkeit, sondern auch noch die Behandlungsmethoden festlegen können;
- daß die Krankenkassen riesige Computerkarteien von sämtlichen Patienten anlegen werden usw. und so fort.

Diese nüchternen Fakten bedeuten in der Praxis: noch mehr Werktätige, die sich jahrelang mit Krankheiten quälen müssen, weil sie nicht richtig behandelt werden; noch mehr Werktätige, die sterben müssen, weil diesem kapitalistischen Staat die Rettung ihres Lebens keinen roten Heller wert ist! Gegen dieses kapitalistische Gesundheitssystem, gegen diesen kapitalistischen Staat muß sich darum der Kampf der Werktätigen vor allem und in erster Linie richten.

Seveso

400 Kinder an Chlorakne erkrankt

Am 10. Juli des vergangenen Jahres explodierte in der norditalienischen Stadt Seveso ein chemischer Reaktor des Hoffmann-La-Roche-Konzerns zur Herstellung von Trichlorphenol. Dabei bildeten sich große Mengen von TCCD, einem der giftigsten Stoffe, die es überhaupt gibt. Das TCCD regnete auf Häuser, Gärten, Schulen und Kinderspielplätze, große Teile der Stadt verwandelten sich in eine chemisch verseuchte Wüste. Die Folgen für die Bevölkerung sind unabsehbar.

Das Unglück war keine unvermeidbare Katastrophe, seine Ursache war die Profitgier der Hoffmann-La-Roche-Kapitalisten. Durch eine einfache Hilfsapparatur am Reaktor im Wert von einigen tausend Mark hätte eine Überhitzung der chemischen Substanzen und damit die Explosion vermieden werden können.

Inzwischen sind über sieben Monate vergangen. Aber weder wurden die Hoffmann-La Roche-Kapitalisten von den italienischen Behörden zur Rechenschaft gezogen, geschweige denn zur Zahlung einer Entschädigung an die Betroffenen verurteilt. Abgesehen vom Bau eines Zauns um das am meisten verseuchte Gebiet und der oberflächlichen Reinigung einiger öffentlicher Gebäude geschah überhaupt nichts. Die empörten Einwohner von Seveso demonstrierten am 21. Februar am Sitz der Regionalregierung in Mailand gegen die Untätigkeit der Behörden, die keinerlei wirksame Maßnahmen zur Entgiftung und zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung getroffen haben. Seveso ist voll von Wandzeitungen, in denen die Behörden angeprangert werden. Auf einer von ihnen heißt es z. B.: *„Nach dem Verbrechen der Firma Roche kamen die Verbrechen unserer Autoritäten, die mit unserer Gesundheit spekulieren."*

Die Gesundheit und das Leben der betroffenen Einwohner von Seveso interessieren die Behörden des kapitalistischen Staates kaum. Der Bau einer Entgiftungsanlage z. B. ist seit Monaten das Objekt von Spekulationen profitgieriger Firmen. Offensichtlich aber hat keine von ihnen irgendeinem zuständigen Beamten eine genügend hohe Bestechungssumme gezahlt, so daß sie bis jetzt nicht gebaut werden konnte.

Inzwischen wirkt das Gift.

Am 3. Februar melden die Zeitungen, daß 25 Kinder aus Seveso unter ärztliche Kontrolle gestellt werden müssen. Bei ihnen wurden Hautveränderungen festgestellt.

Am 13. Februar wird gemeldet, daß in Seveso innerhalb kurzer Zeit über 200 Kinder an Chlorakne erkrankt sind. Das Gift hatte sich in ihren inneren Organen abgelagert und beginnt erst jetzt zu wirken.

Zwei Wochen später kommt die Nachricht, daß in dem Dorf Meda in der Nähe von Seveso an ebenfalls 100 Kindern die Symptome der Chlorakne festgestellt worden sind. Insgesamt sind inzwischen 400 Kinder an der lebensgefährlichen Krankheit, die zumindest schwere Schädigungen hinterläßt, erkrankt. Die meisten von ihnen stammen aus Gebieten, die von den Behörden als „nicht unmittelbar gefährdet" eingestuft worden sind. Bei Stichproben an Gemüse, das auf Wochenmärkten in der weiteren Umgebung von Seveso verkauft wurde, wurde ein überdurchschnittlich hoher Anteil des gefährlichen Giftes TCCD festgestellt. Erst jetzt, nach sieben Monaten, wird für alle klar, welch schwerwiegende Folgen die Katastrophe vom 10. Juli 1976 haben wird. Folgen allerdings, vor denen Experten schon längst gewarnt hatten, die vorauszusehen waren, die durch entsprechende Maßnahmen zumindest hätten gemildert werden können.

Inzwischen hat die italienische Regierung Armee-Einheiten nach Seveso geschickt, angeblich, um zu verhindern, daß Bewohner in das verseuchte Gebiet eindringen. Was für ein Zynismus! Nein, der Aufmarsch der Armee in Seveso richtet sich gegen die Bevölkerung, soll verhindern, daß sie sich zum Kampf gegen die Behörden, gegen den kapitalistischen Staat, erhebt. **Die Katastrophe von Seveso und das, was in den letzten sieben Monaten dort geschehen ist, zeigt unverhüllt den Klassencharakter des kapitalistischen Staates, der die Kapitalisten schützt und die Werktätigen unterdrückt.**

Dortmund

"I. Batos wurde von der Polizei erschlagen!"

Ioannis Batos aus Griechenland, Elektriker auf der Westfalenhütte in Dortmund, starb in der Nacht des 22. Februar in einer Polizeizelle, in der er 13 1/2 Stunden festgehalten worden war. Das amtliche Kommunique über seinen Tod stellt fest: I. Batos war „volltrunken". Er erstickte an seinem eigenen Erbrochenen. Fremdverschulden ist mit Sicherheit auszuschließen. Nach der Obduktion der Leiche behauptet einer der Polizeiärzte sogar, das Gehirn und der Magen des Toten hätten „deutlich" nach Alkohol gerochen. Inzwischen ist klar, das Kommunique ist von vorne bis hinten erlogen.

Die Wahrheit ist: Als I. Batos in eine Ausnüchterungszelle des Polizeigefängnisses gesteckt wurde, hatte er keinen Tropfen Alkohol getrunken. Das Ergebnis der Blutprobe, die ihm bei seiner Verhaftung abgenommen wurde, war 0,00 Promille. I. Batos wurde am Rosenmontag von fünf Polizisten festgenommen. Zeugenaussagen bestätigen: Sie schlagen ihn zusammen, werfen ihn zu Boden und wollen ihm eine Knebelkette anlegen. I. Batos wird dabei erheblich am Kopf verletzt, wie die Obduktion später ergibt. Aber zehn Tage nach dem Tod von I. Batos sind die fünf Polizisten noch nicht einmal vernommen worden. Ihre Namen werden geheimgehalten. I. Batos wird auf die Wache gebracht. Ein Arzt schreibt ihn haftfähig, obwohl er immer wieder erklärt, er habe 40 Tabletten geschluckt. In der Zelle macht er angeblich „Krawall". Darüber was dann geschieht, wissen wir nichts. Die Staatsanwaltschaft behauptet später, er sei mit dem Kopf gegen die Wand gerannt...

Die Tatsachen sprechen für sich. Der Tod des Arbeiters I. Batos geht auf das Konto der Dortmunder Polizei. Seine Freunde und zahlreiche griechische und deutsche Arbeitskollegen von I. Batos sagen; „Er wurde von der Polizei erschlagen."

Um die Schuldigen am Tod von I. Batos anzuprangern, hat am 9. März in der Dortmunder Nordstadt eine Demonstration stattgefunden, an der sich auch unsere Partei und die Rote Hilfe Deutschlands beteiligt haben. Weit über einhundert griechische Kollegen und ihre Frauen reihten sich in den Demonstrationszug ein, um ihre Empörung über die Polizei zum Ausdruck zu bringen, die skrupellos und gemein einen hilflosen griechischen Arbeiter umgebracht hat.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13. Tel.; 0521/177404.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 10-14 Uhr.

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30,

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.